



stimme

Zeitschrift der Initiative Minderheiten

103

EUR 5,50

ISSN: 2306-9287



2017
Sommer

Pflege geht uns alle an

Gleichbehandlung im Alter

Sie haben Fragen ...

- an den Bundeskanzler,
an den Bundesminister für Kunst und Kultur, Verfassung und Medien,
an die Staatssekretärin für Diversität, Öffentlichen Dienst und Digitalisierung
- zu aktuellen Themen der Regierungspolitik
- zur Europäischen Union
- zur öffentlichen Verwaltung in Österreich
- zum politischen System in Österreich
- zu persönlichen Anliegen
- zu E-Government
- zu Handy-Signatur und Bürgerkarte

Bürgerinnen- und Bürgerservice – Service- und Europatelefon

Servicezeiten: Montag bis Freitag, 8 bis 16 Uhr (werktags)



0800 222 666
(gebührenfrei aus ganz Österreich)



service@bka.gv.at



Bürgerinnen- und Bürgerservice
Postanschrift: Bundeskanzleramt
Ballhausplatz 1, 1010 Wien



+43 1 531 15-204274

Beim Team des Service- und Europatelefons des Bundeskanzleramtes ist Ihr Anliegen in den besten Händen. Sie bekommen umfassende und kompetente Beratung und Information.

04	Aushang Kurzmeldungen
05	Editorial Gamze Ongan
06	Stimmfrage Lob der Torheit Hakan Gürses
08–09	Pflege geht uns alle an Ljiljana Djurdjević
10–12	Zeit heilt nicht alle Wunden Angelika Hirsch
13–15	Der Einzige will man doch nicht sein Christa Edlmayr und Christine Schuster
16–17	Pflege unterm Regenbogen Herbert Messinger Kari
18–21	Wenn Migrant_innen älter werden Jana Schultheiß
22–24	Bereits ab 968 € pro Monat Rachid Rhouma
25–26	Endstationen Petra Flieger
27	Groll Tortur d'Autriche Erwin Riess
28–29	Nachlese Auf keiner Landkarte Exil und Literatur Katharina Menschick und Philipp Sperner
30–31	Spurensicherung Mehr als ein Stück Papier Vida Bakondy
32	Lektüre Rezensionen

Impressum

STIMME ist das vierteljährliche Vereinsblatt der **Initiative Minderheiten** (Verein zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten).

Medieninhaberin und Verlegerin: **Bürgerinitiative Demokratisch Leben**, Jahnstraße 17, 6020 Innsbruck | Tel.: +43 512 58 67 83

Herausgeberin und Redaktion: **Initiative Minderheiten** (Verein zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten | ZVR-Zahl: 393928681) | **Gumpendorfer Straße 15/13**, 1060 Wien, Tel.: +43 1 966 90 01 | office@initiative.minderheiten.at | stimme@initiative.minderheiten.at

Chefredakteurin: **Gamze Ongan**

Redaktionelle Mitarbeit: **Vida Bakondy**, **Beate Eder-Jordan**, **mh**, **Jessica Beer**, **Cornelia Kogoj**, **Sabine Schwaighofer**, **Jana Sommeregger**, **Gerd Valchars**, **Vladimir Wakounig**

Kolumnen: **Hakan Gürses**, **Erwin Riess**, **Vida Bakondy**
Grafisches Konzept, Artdirektion & Illustrationen: **fazzDesign** (Fatih Aydogdu) | fazz@fazz3.net

Lektorat: **Nikolaus Stenitzer** | www.zeichenweise.com

Herstellung (Repro & Druck):



Donau Forum Druck Ges.m.b.H., Walter-Jurmann-Gasse 9, 1230 Wien | office@dfd.co.at

Lizenznehmer Österreichisches Umweltzeichen.

Verlags- und Erscheinungsort: **Innsbruck** | Verlagspostamt: 6020 Innsbruck

Anzeigen: **Ebru Uzun** | office@initiative.minderheiten.at

Aboservice: **Ebru Uzun** | abo@initiative.minderheiten.at

Jahresabo: **EUR 20,-** Inland, **EUR 30,-** Ausland

(für Vereinsmitglieder kostenlos), Einzelpreis: **EUR 5,50**

Web: **www.initiative.minderheiten.at**

www.zeitschrift-stimme.at

www.facebook.com/zeitschriftstimme

Namentlich gezeichnete Artikel müssen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Offenlegung gemäß §25 Mediengesetz: **STIMME** – Zeitschrift der Initiative Minderheiten ist das vierteljährliche Vereinsblatt der Initiative Minderheiten (Verein zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten) mit der grundlegenden Richtung gemäß §2 und §3 der Vereinsstatuten, die Kommunikation und das Zusammenleben von Minderheiten und Mehrheiten durch die Selbstdarstellung von Minderheiten und ihren Organisationen, durch Interviews, Erfahrungsberichte, wissenschaftliche Beiträge, Buch-, Periodika- und Tonträgerbesprechungen, aktuelle Nachrichten und Veranstaltungshinweise bzw. -berichte auf medialer Ebene zu fördern. Die Initiative Minderheiten (Verein zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten) ist Mitglied der Bürgerinitiative Demokratisch Leben (Medieninhaberin) und Herausgeberin der Zeitschrift. Die Finanzierung der Zeitschrift erfolgt durch öffentliche Subventionen, Mitgliederbeiträge, Abonnements und freiwillige Spenden. Die Adressen der Medieninhaberin und der Herausgeberin sind im Impressum angeführt.



Luník IX – Kosice, Slowakei, 2015; Foto: Anja Schäfer

Millionaires of Time

Das Volkskundemuseum Wien zeigt über den Sommer die audiovisuelle Ausstellung **Millionaires of time ... Roma in der Ostslowakei**.

„Wir können kommen, wann immer wir wollen“, sagt František, denn er sei „ein Millionär der Zeit“. Man hört oft, Roma seien aus der Zeit gefallen, sie wüssten nicht, was Zeit bedeute, oder aber, sie hätten alle Zeit der Welt. František, eine der porträtierten Personen, weiß von diesem Klischeebild und spielt damit.

Wer sind „die Roma“? Ein Volk? Eine Nation ohne Land – aber mit Hymne? In der Slowakei leben rund 250.000 Roma. Die Ausstellung ist der Versuch, hinter eine Mauer aus Klischees zu bli-

cken, an der lange und von vielen Seiten gearbeitet wurde. Sie zeigt Fotos von unterschiedlichen Menschen, die von Klischeeproduktionen betroffen sind.

Die Bilder werden mit einem auditiven „Parcours“ verbunden und geben so die Möglichkeit, von einem Mikrokosmos aus einen Makrokosmos zu erschließen.

Ein umfangreiches Rahmenprogramm ergänzt die Ausstellung. Führungen und Kulturvermittlung richten sich an interessierte Erwachsene und Schüler_innen ab 14 Jahren.

31. Mai bis 24. September 2017
www.volkskundemuseum.at/millionaires_of_time

HELLWACH Die lange Nacht gegen Gewalt

Am 21. September 2017 findet jährlich weltweit der Internationale Tag des Friedens statt. Dieses Ereignis nimmt das internationale Netzwerk **WAVE – Women Against Violence Europe** – zum Anlass für eine große Inszenierung in Wien.

„Wir denken an diesem Tag an alle Frauen, die von Gewalt betroffen sind und fordern, dass Justiz und Gesellschaft nicht mehr wegschauen“, sagt Maria Rösslhumer, Geschäftsführerin von **WAVE** und **AÖF – Verein Autonome Österreichische Frauenhäuser**.

Europaweit wurden bisher 62 Millionen Frauen ab dem 15. Lebensjahr Opfer von körperlicher oder sexueller Gewalt. In Österreich ist das jede fünfte Frau – insgesamt eine Million Frauen. Der Täter ist meist ein Familienangehöriger,

eine lange Geschichte des Wegschauens gehört dazu.

WAVE organisiert im Rahmen der **WAVE Step Up!** Kampagne an diesem Tag Protestaktionen in mehreren europäischen Ländern. Der Verein **AÖF** beteiligt sich daran und plant ebenfalls eine Kundgebung, voraussichtlich am Ballhausplatz in Wien, unter dem Motto: **HELLWACH. Die lange Nacht für ein Ende der Gewalt an Frauen**.

Friedensorganisationen, Netzwerkorganisationen, Partner_innen, Unterstützer_innen, Interessierte, Freund_innen und Aktivist_innen sind eingeladen, an dieser Inszenierung teilzunehmen.

Für detailliertes Programm:
www.aof.at | www.stepup.at

Welcome ICTM!

Die wichtigste internationale Organisation der Ethnomusikologie ist der *International Council for Traditional Music* (ICTM), gegründet 1947. Das Generalsekretariat wird ab Juli 2017 in Wien sein. Damit wird die Universität für Musik und darstellende Kunst Wien (mdw) für die nächsten vier Jahre international im Fokus des Faches stehen.

Aus Anlass dieses Ereignisses wird ein Symposium mit anerkannten Expert_innen ausgerichtet, das sich der gesellschaftspolitischen Relevanz des Faches widmet – ein Thema, mit dem sich das Institut für Volksmusikforschung und Ethnomusikologie bereits seit vielen Jahren im Rahmen des Minoritätenschwerpunktes beschäftigt.

Welcome ICTM!
Ethnomusicology and its Socio-Political Relevance in Contemporary Societies

Internationales
 Ethnomusikologie-Symposium

28.-30. September 2017

Universität für Musik und
 darstellende Kunst Wien

Anton von Webern Platz 1
 1030 Wien

Veranstalter:
 Institut für Volksmusikforschung
 und Ethnomusikologie an der mdw

Nähere Informationen:
www.mdw.ac.at/ive

Geschichte ohne Papier

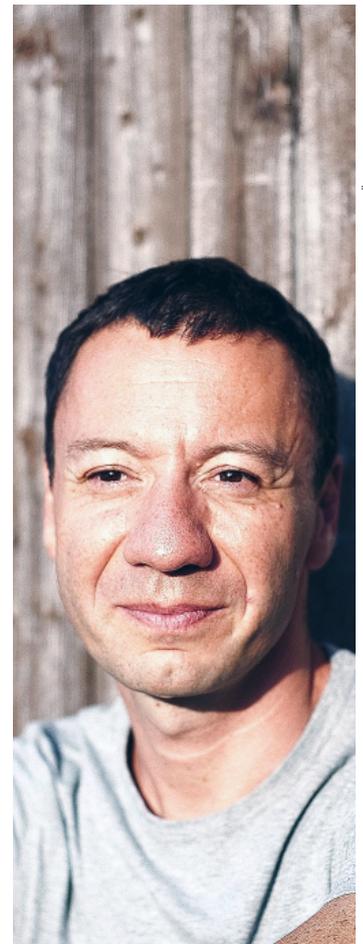
Die Stadt **Hohenems** verleiht seit 2009 alle zwei Jahre einen Literaturpreis für deutschsprachige Autor_innen nichtdeutscher Muttersprache. Der vom Vorarlberger Schriftsteller Michael Köhlmeier initiierte Preis geht 2017 an **Selim Özdoğan** aus Köln.

Der 1971 geborene und zweisprachig aufgewachsene Autor ist seit dem Jahr 1995 als Schriftsteller tätig. Mit seinem Debütroman „Es ist so einsam im Sattel, seit das Pferd tot ist“ machte sich Özdoğan in der Literaturszene einen Namen und arbeitet seither als freier Schriftsteller. Sorgfältige Figurenzeichnungen und ein Gespür für Wortwitz zeichneten auch seine zahlreichen weiteren Veröffentlichungen aus.

Sein jüngster Roman „Wieso Heimat, ich wohne zur Miete“ ist 2016 im Haymon Verlag erschienen; im Vorjahr wurde Özdoğan zum Bachmann-Preis eingeladen.

Die Jury mit Anna Mitgutsch, Sudabeh Mohafez und Zafer Senocak wählte nun die Erzählung „Geschichte ohne Papier“ des Kölner Autors aus insgesamt 162 Einsendungen für den mit 7000 Euro dotierten Preis aus.

Die Preisverleihung findet am 24. Juni 2017 traditionell wieder im Salomon-Sulzer-Saal, der ehemaligen Synagoge von Hohenems, statt.



Selim Özdoğan: Foto: Tim Bruehning

www.hohenems.at/literaturpreis
www.selimoezdogan.de

Pflege geht uns alle an. Mit zunehmendem Alter sind fast alle Menschen auf punktuelle Betreuung oder dauerhafte Pflege angewiesen. In unserer Sommerausgabe nähern wir uns diesem universellen Thema aus der Perspektive von Minderheiten an.

Haben Angehörige minorisierter Gruppen andere Erwartungen an die Betreuung im Alter als die Mehrheit? Diese Frage stellte sich auch die Stadt Wien und beauftragte zwei Studien zur Erhebung der diesbezüglichen Wünsche und Bedürfnisse von Migrant_innen sowie LGBTIQ-Personen. Die Studienautor_innen **Christa Edlmayr** und **Christine Schuster** haben für die **Stimme** die Ergebnisse der ersten Studie „Wohnen, Pflege und Betreuung im Alter von Homosexuellen und Transgender“ zusammengefasst. Die Schlussfolgerungen aus der zweiten Studie „Einfluss der Migration auf Leistungserbringung und Inanspruchnahme von Pflege- und Betreuungsleistungen in Wien“ verfasste **Jana Schultheiß**, Referentin für Pflege und Betreuung in der Magistratsabteilung für Gesundheits- und Sozialplanung.

Schon im Jahr 2012 initiierten die Wiener Sozialwerke einen Beratungsdienst für die LGBTIQ-Community. Wir haben den Initiator und Leiter **Herbert Messinger Kari** gebeten, die Beweggründe für die Schaffung dieses Dienstes zu schildern.

Was es für Holocaust-Überlebende – sogenannte Child Survivors – bedeutet, im Alter auf andere angewiesen zu sein, wissen die Mitarbeiterinnen des Psychiatrischen Consiliar-Liaison-Dienstes des psychosozialen Zentrums ESRA im Maimonides Zentrum in Wien. **Angelika Hirsch** gibt einen Überblick über die Leistungen im Eltern- und Pflegeheim der Israelitischen Kultusgemeinde Wien.



In den Familien wurde noch nie so viel gepflegt wie heute. **Ljiljana Djurdjević** – selbst in die Pflege ihrer Eltern eingebunden – befasst sich in ihrem Beitrag mit der großartigen Leistung und der prekären Situation von pflegenden Angehörigen.

Ohne die sogenannte Care Migration aus Ost- und Südosteuropa ist die 24-Stunden-Betreuung nicht aufrechtzuerhalten. **Rachid Rhouma**, diplomierter Gesundheits- und Krankenpfleger, schildert die Probleme und Herausforderungen dieser Fürsorgeoption zehn Jahre nach ihrer Legalisierung.

Anhand einer im Jahr 2017 präsentierten Studie über behinderte Kinder und Jugendliche in der Wiener Psychiatrie bis 1983 bzw. 1989 thematisiert **Petra Flieger** den Einfluss des nationalsozialistischen Gedankenguts auf den Umgang mit behinderten Menschen sowie die bis heute verdrängte Aufarbeitung.

Die Volksanwaltschaft hat kürzlich in einem Bericht massive Missstände in den heimischen Alten- und Pflegeheimen aufgezeigt. Die Reaktionen der Verantwortlichen darauf lassen bei unserem Autor **Erwin Riess** keine Hoffnung auf deren Beseitigung aufkommen.

Radio Stimme machte sich in Kooperation mit der Zeitschrift **MALMOE** auf die Suche nach Parallelen zwischen der Exilliteratur in der NS-Zeit und heute. **Katharina Menschik** und **Philipp Sperner** haben die Nachlese zur Sendung verfasst.

Vida Bakondys Spurensicherung handelt von der Flüchtigkeit des Lebens und dem Recht auf Erinnerung.

In eigener Sache

Helga Kovrigar, langjährige Sekretärin der Initiative Minderheiten, ist mit Ende Februar 2017 in Pension gegangen. Sie hat über viele Jahre auch die **Stimme** – und nicht nur die Inserate – tatkräftig mitbetreut. Wir bedanken uns bei Helga für ihre großartige Unterstützung und ihre Herzlichkeit. Gleichzeitig begrüßen wir unsere neue Kollegin **Ebru Uzun** im Team.

Im Übrigen: Die **Stimme** ist nun auch auf Facebook. Werden Sie Fan, klicken Sie durch!

www.facebook.com/zeitschriftstimme

Einen langen Sommer mit viel Zeit zum Lesen wünscht

Gamze Ongan | Chefredakteurin

Gleich- behandlung im Alter

Lob der Torheit

Nach der Lektüre aus zeitlicher Distanz muss ich zugeben, dass meine letzten Beiträge zu dieser Kolonne sehr ernst und bisweilen zu pathetisch geraten sind. Das ist zwar nichts Schlimmes, ich mag ernste Menschen, ich mag Pathos. Zudem ist in jüngerer Zeit viel vom „Politik der Gefühle“ die Rede, also stimmt auch der Trend.

Indes, ich bin kein ernster Mensch. Viele, die mich nicht näher kennen, glauben zwar nach dem ersten Mal, mein Name sei Bierernst mit Raki-Beiklang. Aber nein, das ist ein großer Irrtum! Eigentlich kann ich keine zehn Minuten ruhig sitzen, ohne einen leichtsinnigen Satz von mir zu geben. Ich halte mich oft nur zurück. Kindische Bemerkungen, halb lustige Witze, alberne Kalauer, fahrlässig nachgeplapperte Redewendungen – in diesen Dingen bin ich Profi. Ein echter Kindskopf auf einem Philosophenkörper; das ist quasi mein Leib-Seele-Problem. Um eine lebenswichtige, messerscharfe Unterscheidung zu treffen: Ich bin immer seriös, aber niemals ernst!

Nun mal Hand aufs Herz; wie soll ein seriöser Mensch in diesem Irrenhaus namens Welt ohne einen ausgeprägten Sinn für Blödsinn auskommen? Ja überleben?

In immer kürzer werdenden Abständen müssen wir uns Namen merken, die neuen Autokraten gehören. Kaum haben wir uns an Putin, Orbán, Kaczyński, Fico und Erdoğan gewöhnt, stolpert schon ein blondierter Übergewichtiger namens Trump herein. Maduro und al-Sisi sind weniger geläufig, weil weit entfernt, aber Le Pen, Wilders, Petry und Farage, Dahl, Hofer und Strache sind uns jetzt schon so vertraut wie die Nachbarn – und das, bevor sie auf dem durch ein Plebiszit zu erwerbenden Chef-Sessel Platz genommen haben, bis sie dann der Tod von diesem scheidet. Sogar der geilomobile Jungstar der Partei ohne Namen, Sebastian Kurz, trug sich kürzlich in die Warteliste dieses Clubs der Illiberalen ein – durch sein Gesellenstück, das Abschaffen der inneren Parteidemokratie. Kurzum (das war jetzt kein Kalauer!): Gesäßtaschen-Bonapartes, in welche Himmelsrichtung man schaut!

Doch, damit nicht genug: Geflüchtete Menschen, die an allen Grenzen dieser Welt das Elend kennenlernen, das man durch medial hochgezüchtete Sprachbilder ihnen selbst andichtet. Als wäre es eine natürliche Fügung, die ihnen diese Leiden und diese menschenunwürdige Behandlung angedeihen lässt. Und doch ist es das Elend der Nationalstaaten und ihres – wiewohl graduell unterschiedlichen – verlogenen Umgangs mit den Menschenrechten. Es ist dasselbe Elend, das diese Menschen zur Flucht zwang und

der Bevölkerung jener Länder, an deren Grenzen sie – die Geflüchteten – die Fortsetzung des nationalstaatlichen Elends erfahren, die Zuversicht vermittelt, dass sie vor diesem Elend gefeit seien: durch Zivilisation, durch einen historischen Vorsprung, durch Religion oder gar durch eine nationale Besonderheit. Allesamt strukturelle und zugleich zufällige Gegebenheiten, die in der Leistungsgesellschaft paradoxerweise als eigene Verdienste wahrgenommen werden.

Das heutige Grenzregime kann die „westlichen Werte“ (Asyl als Menschenrecht, Gleichheit vor Gesetz, Freizügigkeit, Recht auf Arbeit ...) ohne Zögern absetzen mit Verweis auf die Besonderheit der Situation, auf die „der einheimischen Bevölkerung unzumutbaren Bedingungen“ angesichts der „Fluchtwelle“. Ein Ausnahmezustand wird proklamiert, der auch bei andauerndem „Flüchtlings-Tsunami“ Geltung besitze. Der Notstand wird zur Regel, die neue Grenzpolitik zum ewigen Ausnahmezustand. Genau diesen Umstand beschrieb der italienische Philosoph Giorgio Agamben in seiner berühmt gewordenen und ziemlich heftig debattierten These, das Lager sei das „biopolitische Paradigma“ des Abendlandes: „Das Lager ist der Raum, der sich öffnet, wenn der Ausnahmezustand zur Regel werden beginnt.“ Interessant auch, dass die demokratisch gesinnten Politiker_innen liberaler Rechtsstaaten und die neo-bonapartistischen Machthaber repräsentativer Diktaturen einander darin ähnlich sind, dass sie nämlich die Aufhebung der Menschenwürde durch einen Ausnahmezustand rechtfertigen, den sie bald zur Regel werden lassen.

Ist das jetzt wieder zu ernst und pathetisch gewesen? Dabei wollte ich hier ein Lob auf die Torheit aussprechen – mit Erasmus, der heute nicht nur als Autor des entsprechenden Büchleins einen positiven Ruf genießt, sondern auch wegen der nach ihm genannten Gelegenheit zu einem Jahr studentischen Müßigganges in einem Land des Vertrauens. In *Das Lob der Torheit* ereifert sich der sogenannte König der Humanisten im angehenden 16. Jahrhundert, die Philosophen als lebensfremde Gebildete zu karikieren, die ohne jeden Einfluss auf die Politik bleiben. Jetzt habe ich ein wenig die Lust dazu verloren. Es gibt doch gebildete Menschen, die wohl immer versagen, aber so schöne Verse gemacht haben. Wolf Biermann war in meiner Jugend einer von ihnen, und mit seinen Worten zur Torheit schließe ich heute seriös, aber nicht ernst ab:

„Wartet nicht auf bessere Zeiten / Wartet nicht mit eurer Mut / Gleich dem Tor, der Tag für Tag / An des Flusses Ufer wartet / Bis die Wasser abgeflossen / Die doch ewig fließen.“

Pflege geht uns alle an



Gleichbehandlung im Alter

» **stimme** Thema »

ACQUIRED IS
CHRONIC PI

FREDERICK P. SIEGAL, M.D., CAE
STEPHEN J. KORNFELD, M.D., JONA
CHARLOTTE CUNNINGHAM RUNDLES
MARTA SIEGAL, M.A., SUSAN

abstract Four homosexual men
acquired enlarging perianal ulcers,
simplex virus was cultured. Ea
solved course characterized by

Pflege geht uns alle an

Fast eine halbe Million Menschen über 60 Jahre sind in Österreich in unterschiedlichem Ausmaß auf Unterstützung und Pflege angewiesen. Die meisten erhalten diese Betreuung privat innerhalb der Familie. Auch wenn ein Großteil des Pflegebedarfs immer schon informell abgedeckt wurde: Noch nie wurde in Familien so viel und so lange gepflegt wie heute.



Die Sicherung des unbeschränkten Zuganges zu allen Gesundheitsleistungen durch die Einführung der Sozialversicherung, bessere Arbeitsbedingungen, erhöhte Bildungschancen, ausgewogene Ernährung und nicht zuletzt medizinische Fortschritte hatten und haben zur Folge, dass immer mehr Menschen ein höheres Alter erreichen. Mit steigendem Alter erhöht sich aber die Wahrscheinlichkeit, gleichzeitig an mehreren Erkrankungen zu leiden. Diese so genannte Multimorbidität geht mit einem erhöhten Betreuungs- und Pflegebedarf einher, der wiederum höhere Kosten im Gesundheitswesen verursacht.

Pflegende Angehörige leisten einen erheblichen Beitrag zur Sicherstellung der häuslichen Versorgung alter und pflegebedürftiger Menschen. Sie unterstützen somit das Sozialversicherungssystem und werden nicht umsonst als „größter Pflegedienst“ bezeichnet.

Die Pflegebedürftigkeit tritt in den meisten Fällen nicht nur für die betroffene Person, sondern auch für deren Angehörige überraschend ein. Die Verweildauer der PatientInnen in den Krankenhäusern wird immer kürzer, alte und pflegebedürftige Menschen werden immer schneller in die häusliche Pflege entlassen. Dabei ist der Druck auf das Krankenpflegepersonal und die ÄrztInnen nicht zu unterschätzen.

Die Entscheidung, die Pflegetätigkeit zu übernehmen, muss in den meisten Fällen rasch erfolgen – vor allem dann, wenn eine Erkrankung die Pflegebedürftigkeit nach sich zieht. Und das in einer Phase, in der die Nächstehenden noch mit Ängsten um die Gesundheit der PartnerInnen oder Eltern zu kämpfen haben, noch keine Zeit hatten, sich auf die neue Situation einzulassen, sich innerlich umzustellen.

Den meisten aus dem engen Familienkreis fehlt in der Regel neben dem

fachspezifischen Wissen rund um die Pflege auch die Möglichkeit einer entsprechenden Vorbereitungsphase. Ob sie wollen oder nicht, sie müssen in diese Aufgabe hineinwachsen.

Die Pflege eines/einer Familienangehörigen bringt eine völlige Umstellung der Familienstruktur mit sich. Mit der Übernahme der neuen Aufgabe verändert sich die Lebenssituation der Pflegenden radikal. Die Folgen zeigen sich unter anderem im Verlust sozialer Kontakte, der Einschränkung der persönlichen Verwirklichung, aber auch in körperlicher und psychischer Überforderung. Diese besondere Lebenssituation ist für Pflegende von Sorgeverpflichtung, Abhängigkeit und neuer Rollenverteilung geprägt. Der Komplexität der Situation gerecht zu werden und die neuen Anforderungen mit bestehenden familiären Strukturen in Einklang zu bringen, ist immer ein Balanceakt.



Das Thema Migration und Alter ist relevant wie nie zuvor. **Jana Schultheiß** über die Erwartungen von Migrant_innen an die Pflege.



auf Seite
18

Die Vereinbarkeit von Beruf und Pflegearbeit ist aufgrund der zeitlich intensiven und meistens schwer koordinierbaren Pflegetätigkeiten kaum möglich. Daher sind viele Betroffene gezwungen, die Erwerbsarbeit aufzugeben und folglich finanzielle Einbußen und Pensionskürzungen in Kauf zu nehmen. Setzen sie den Beruf fort, riskieren sie ihre eigene Gesundheit, die früher oder später durch die Mehrfachbelastung angegriffen wird.

Pflegende Angehörige haben kein Recht auf ihren Arbeitsplatz. Geben sie ihren Job auf, besteht kein Rechtsanspruch auf Rückkehr. Somit stellt sich nach Beendigung der Pflegetätigkeit das Problem des Wiedereinstiegs. Wenn Angehörige in der Pflegezeit die Arbeitsstunden reduzieren wollen, sind sie auf den guten Willen der ArbeitgeberInnen angewiesen. Weder auf Pflegekarenz noch auf Pflegezeit gibt es einen Rechtsanspruch. Nichtsdestotrotz ermöglicht eine Karenzierung bzw. Arbeitszeitreduzierung berufstätigen Angehörigen, in der ersten Phase die Pflege selbst zu übernehmen, um gleichzeitig nach einer passenden Lösung zu suchen.

Die Einführung des Pflegegeldes sollte pflegebedürftigen Menschen die Wahlfreiheit bei der Beanspruchung von Pflegetätigkeiten ermöglichen. In der Tat haben sie die Möglichkeit, mit diesem Geld ihre pflegenden Angehörigen für die Pflegeleistung zu entlohnen. Das Pflegegeld ist jedoch ein Pauschalbetrag, der den pflegebedingten Mehraufwand abdecken soll. Dazu gehören neben den Pflegetätigkeiten auch die Anschaffung von Hilfsmitteln, Heilbehelfen, Pflegeartikeln und

die Finanzierung anderer ergänzender Dienstleistungen wie Essen auf Rädern, Rufhilfe, Transportdienste usw. Daher reicht das Pflegegeld in vielen Fällen nicht aus, um das Einkommen aus der Erwerbstätigkeit der pflegenden Angehörigen zu ersetzen.

In weniger pflegeintensiven Fällen wird die häusliche Pflege in der Freizeit ausgeführt. Eine gerechte Verteilung betrifft aber nicht nur das Geld, sondern auch die Zeit. Die frei verfügbare Zeit trägt entscheidend zur Lebensqualität bei. Sie bestimmt die Gestaltung des Privaten, aber auch die Teilnahme am öffentlichen Leben. Die Übernahme der reproduktiven Tätigkeiten bedeutet nicht nur eine Mehrbelastung für Pflegende, sondern schränkt sie auch im Erwerbsleben und in der Teilnahme an Aus- und Weiterbildungen ein.

Die häusliche Pflege ist eine geschlechtsspezifisch dominierte Tätigkeit. Die Hauptpflegepersonen in Familien sind – wenig überraschend – Frauen, von denen die Übernahme der Betreuung der Eltern oder auch Schwiegereltern geradezu erwartet wird. An der weiblichen Konnotation der Reproduktionsarbeit hat sich auch mit der zunehmenden Erwerbstätigkeit von Frauen nichts geändert. Die durch Berufstätigkeit erworbene Freiheit und Selbstständigkeit konnte Frauen von familiären Verpflichtungen nicht befreien. Diese für die Gesellschaft unentbehrliche unbezahlte Arbeit, deren Erbringung von zentralem wirtschaftlichen Interesse ist und bleibt, kann weder durch den Arbeitsmarkt vermittelt, noch monetär bewertet werden.

Es fällt auf, dass weder die Frauen selbst (sie fühlen sich weiterhin zuständig und werden von schlechtem Gewissen und Schuldgefühlen geplagt, wenn sie die Reproduktionsarbeit nicht übernehmen), noch die Gesellschaft bereit sind, diese Situation zu ändern. Dabei wäre dies schon durch die Aufwertung dieser für die Erhaltung von Familie und Gesellschaft so wichtigen Arbeit möglich. Unbezahlte Tätigkeiten wie Kindererziehung und Pflege sowie Unterstützung betagter Menschen haben in unserer Gesellschaft wenig Wert. Menschen, die diese Arbeit ausführen, genießen keinen besonderen sozialen Status. „Die Arbeit der pflegenden Angehörigen ist unbezahlt, unsichtbar, endlos unreguliert und geringgeschätzt.“^[1]

Auch wenn es in den letzten Jahrzehnten in Österreich zur Ausweitung von Leistungsangeboten in der Pflegevorsorge gekommen ist, mangelt es weiterhin an unterstützenden Maßnahmen, die der Vielfältigkeit der Bedürfnisse pflegender Angehöriger gerecht werden. Es geht vor allem um die Unterstützung der Motivation und der Bereitschaft informeller Pflegepersonen durch die Schaffung von entlastenden Strukturen.

Solange jedoch die Übernahme der Versorgung von pflegebedürftigen Angehörigen mit Nachteilen für pflegende Angehörige verbunden ist, müssen wir von eindeutiger Diskriminierung dieser großen Gruppe sprechen. —

Ljiljana Djurdjević, Sozialarbeiterin am Klinikum Klagenfurt, promovierte zum Thema „Häusliche Versorgung alter und pflegebedürftiger Menschen in Österreich und Slowenien“ an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt. Sie ist derzeit in die Versorgung ihrer betagten Eltern in Slowenien miteinbezogen.

^[1] Helga, Kittl-Satran (2008): Betreuung alter Menschen in der Familie unter sozialpädagogischer Perspektive. Bedingungen, Leistungen, Belastungen, VDM Verlag.

Zeit heilt nicht alle Wunden

Der ESRA Psychiatrische Consiliar-Liaison-Dienst im Maimonides Zentrum

Respekt und Zuneigung für alte Menschen sind im Judentum tief verwurzelt. Auch das nach modernsten Erkenntnissen neu errichtete **Maimonides Zentrum** der Wiener Israelitischen Kultusgemeinde setzt diese lange humanistische und religiöse Tradition fort. Eine Besonderheit dieses Heimes ist die umfassende professionelle Behandlung und Betreuung jener BewohnerInnen, die die NS-Herrschaft überlebt haben, durch ein psychiatrisches Consiliar-Liaison-Team des Psychosozialen Zentrums ESRA.



Die Wiener jüdische Gemeinde, die vor 1938 aus über 200.000 Menschen bestanden hatte, wurde während der NS-Herrschaft nahezu völlig vernichtet. Nach 1945 kehrten nur wenige aus der ursprünglichen jüdischen Bevölkerung zurück. In den 1950er Jahren war die Wiener Israelitische Kultusgemeinde (IKG) stark überaltert, etwa 35 Prozent der Gemeindeglieder waren über 55 Jahre alt.

In den Jahren nach dem Krieg bemühte sich die IKG – oft vergeblich – um die Rückstellung zumindest einiger der vielen enteigneten Gebäude, um behelfsmäßig ihre soziale Infrastruktur, darunter vorrangig auch ein Altersheim, wieder aufzubauen. 1972 konnte schließlich im Haus des ehemaligen jüdischen Mädchenwaisenhauses in der Bauernfeldgasse im 19. Wiener Gemeindebezirk, das 1942 enteignet worden war, das jüdische Eltern-

und Pflegewohnheim **Maimonides Zentrum** errichtet werden. Als das Haus zu klein wurde, bot sich die Möglichkeit, ein neues, großzügiges Pflegewohnheim nach modernsten Gesichtspunkten als Teil des neuen IKG-Campus zu bauen. Der Campus entstand auf dem Gelände des bis 1938 bestehenden Hakoah-Sportplatzes; im Dezember 2009 wurde dort schließlich auch das neue Pflegewohnheim eröffnet. Die unmittelbare Nachbarschaft zum



Die Wiener Kinderpsychiatrie wurde als „umfassendes Gewaltsystem“ aufgedeckt. **Petra Flieger** über das Erbe des Nationalsozialismus in der Betreuung von Menschen mit Behinderung.



auf Seite

25

Hakoah-Sport- und Freizeitzentrum sowie zur Zwi-Perez-Chajes-Schule und dem Kindergarten ermöglicht auch gemeinsame Aktivitäten zwischen den Generationen.

Das Maimonides Zentrum bietet 40 Kleinwohnungen für Menschen, die noch selbstständig in einer eigenen Wohnung leben, aber bei Bedarf unterstützende Leistungen in Anspruch nehmen wollen. Das Pflegewohnheim besteht aus sieben Stationen, von denen zwei für die Betreuung und Pflege von Menschen eingerichtet sind, die infolge eines dementiellen Krankheitsbildes besonders sensible Betreuung benötigen. Angeschlossen ist mit der Anne-Kohn-Feuermann-Tagesstätte auch ein geriatrisches Tageszentrum, um älteren Gemeindegliedern, die zu Hause leben, tagsüber einen Ort der Zusammenkunft und geistigen Anregung zu bieten. Neben der ausgezeichneten Infrastruktur verfügt das Pflegewohnheim über ein umfangreiches und vielfältiges Therapieangebot. Zahlreiche kulturelle Aktivitäten und Veranstaltungen sorgen für Abwechslung und Inspiration.

Ausschlaggebend für die Entscheidung vieler BewohnerInnen für dieses Heim ist die Erwartung, hier eine vertraute Atmosphäre vorzufinden, in der sie sich zu Hause fühlen können, wo ihre Würde gewahrt und ihnen Respekt entgegengebracht wird. (Die für jüdische Heime übliche Bezeichnung „Elternheim“ statt Alters-, Senioren- oder Pensionistenheim spiegelt diese respektvolle Einstellung älteren Menschen gegenüber wider). Im Maimonides Zentrum

ist die Pflege der jüdischen Traditionen ein zentrales Anliegen. Die jüdischen Feier- und Festtage werden gemeinsam begangen, die Küche unterliegt den strengen Auflagen der Speisegesetze. Alle Voraussetzungen für eine koschere Lebensweise werden erfüllt. Den BewohnerInnen und Gästen steht die hauseigene Synagoge jederzeit zur Verfügung. Auf Wunsch wird auch eine tägliche religiöse Betreuung angeboten. Nicht zuletzt ist es den BewohnerInnen besonders wichtig, hier einen sicheren Ort zu finden, an dem sie sich vor antisemitischen Anfeindungen geschützt fühlen können.

Seit einigen Jahren übersiedeln vermehrt Menschen in das Maimonides Zentrum, die ab den 1970er Jahren aus der ehemaligen Sowjetunion nach Österreich gekommen sind und nun das entsprechende Alter erreicht haben. Unter den vielen Sprachen, die von den BewohnerInnen gesprochen werden, ist Russisch die am häufigsten vertretene. Da auch viele MitarbeiterInnen Russisch sprechen, wird besondere Rücksicht darauf genommen, dass neue BewohnerInnen auf einer Station untergebracht werden, auf der sichergestellt ist, dass sie sich mit dem Personal gut verständigen können.

Für jeden älteren Menschen stellt der Umzug in ein Heim einen gravierenden Einschnitt im Leben dar, der die psychische Bewältigungskapazität stark herausfordert und zeitweilig sogar übersteigt. Dies ist umso mehr der Fall, als es sich oftmals nicht um eine länger geplante

und gut vorbereitete Übersiedlung handelt, sondern um eine plötzliche Veränderung aufgrund eines akuten Gesundheitsproblems, familiärer Veränderungen wie dem Tod der Partnerin/des Partners oder der nicht mehr leistbaren Unterstützung durch die Kindergeneration.

Unter den BewohnerInnen des Maimonides Zentrums sind es die Überlebenden der NS-Verfolgung, die besonders sensible Betreuung benötigen. In der Mehrzahl sind das sogenannte Child Survivors, d. h. Menschen, die die nationalsozialistische Verfolgung als Kinder erlitten haben. Manche von ihnen sind erst nach vielen Jahren im Ausland im hohen Alter nach Wien zurückgekehrt. Die Familien dieser Menschen wurden oft auf schreckliche Weise dezimiert. Häufig haben sie keine oder nur wenige Angehörige oder die Kinder leben im Ausland.

Für alt gewordene NS-Überlebende birgt das Erreichen dieser Lebensphase eine zusätzliche belastende Dimension. Der Verlust von Leistungsfähigkeit und Mobilität, die Erkenntnis der eigenen Sterblichkeit sowie die Konfrontation mit schweren Erkrankungen können als Retraumatisierung erlebt werden. Auch wird mit zunehmendem Alter das Kurzzeitgedächtnis schwächer, das Langzeitgedächtnis hingegen schärfer. Die traumatische Vergangenheit wird oft wieder präsent und real. Viele NS-Überlebende brachten nach dem Krieg die Kraft auf, ein neues Leben aufzubauen. Nun aber funktionieren die Bewältigungsmechanismen nicht mehr,

eine Verdrängung ist nicht mehr möglich. Es kommt zur Trauma-reaktivierung und zu Retraumatisierungen. Auch der Verlust von gleichaltrigen FreundInnen und Verwandten ist für Menschen, die nie über das Trauma der Trennung im Holocaust hinweggekommen sind, besonders tragisch.

Bei NS-Überlebenden kann die Übersiedlung in ein Pflegeheim die Erinnerung an den Transport in ein Lager auslösen. Ihre Geschichte scheint sich in umgekehrter Reihenfolge zu wiederholen. Jetzt – alt geworden – werden sie neuerlich aus ihrer vertrauten Umgebung gerissen und sind auf einmal wieder von anderen Menschen abhängig.

Bereits seit 1999 besteht ein durch das Psychosoziale Zentrum ESRA etablierter psychiatrischer Consiliar-Liaison-Dienst (CL-Dienst) im Maimonides Zentrum. Das ESRA-CL-Team setzt sich aus einem Facharzt für Neurologie, einer Fachärztin für Psychiatrie, einer diplomierten psychiatrischen Krankenpflegeperson und einer Psychotherapeutin zusammen, die alle in ESRA eingebunden und auch dort angestellt sind. ESRA arbeitet mit einem institutionalisierten psychosozialen Modell, das eine Behandlungs-, Psychotherapie- und Beratungskoooperation aller notwendigen Fachbereiche sicherstellt. Diese inter- und transdisziplinäre Zusammenarbeit kommt den Bedürfnissen von traumatisierten Menschen mit Traumafolgestörungen entgegen und schützt vor retraumatisierenden Betreuungssituationen.

Die Aufgabe des CL-Teams besteht darin, die psychosoziale Betreuung der BewohnerInnen zu optimieren, Probleme wahrzunehmen und die MitarbeiterInnen des Maimonides Zentrums fachlich zu unterstützen. Das CL-Team ist von Montag bis Freitag vor Ort. So können etwaige Probleme rasch

wahrgenommen und Lösungen gemeinsam mit den dort tätigen MitarbeiterInnen erarbeitet werden. Dazu tragen auch die regelmäßigen Fallbesprechungen bei, die einen kontinuierlichen Austausch ermöglichen.

Darüber hinaus fungiert das Team des CL-Dienstes als wichtige Schnittstelle, nicht allein zwischen dem Maimonides Zentrum und ESRA, sondern je nach individueller Situation der einzelnen BewohnerInnen auch zwischen Krankenhäusern und dem Leben zu Hause.

Psychiatrische Diagnostik, Behandlung und Beratung sind die Kernaufgaben des CL-Teams. Zu den PatientInnen des neurologischen Facharztes und der Fachärztin für Psychiatrie gehören z. B. BewohnerInnen mit Parkinson-Erkrankung, Epilepsie, Multipler Sklerose, Schlaganfällen oder mit – vielfach altersbedingten – psychiatrischen Erkrankungen wie Demenz, Depressionen, Schlafstörungen u. a. Die Psychotherapeutin bietet Einzeltherapien an, die regelmäßig stattfinden. Die zentrale Aufgabe der psychiatrischen Krankenpflegeperson ist die Beziehungsarbeit. Sie wirkt beratend und baut eine vertrauensvolle Beziehung zu den BewohnerInnen auf, die vor allem bei psychischen Krisen stützend wirkt. Oft erleiden z. B. gerade jene Menschen, die zuvor besonders selbstständig gelebt und auf ihre Autonomie großen Wert gelegt haben, bei einer plötzlich eintretenden Immobilität – etwa nach einem Sturz – eine psychische Krise. Die Verzweiflung darüber kann in manchen Fällen zu einem abweisenden oder sogar aggressiven Verhalten dem Pflegepersonal gegenüber führen. Hier können klärende Gespräche Vertrauen bei den Betroffenen schaffen und mit dem Betreuungspersonal die nächsten Schritte besprochen

werden, was zu einer Deeskalation der Situation beitragen kann.

Das CL-Team betreut sämtliche BewohnerInnen des Hauses. Alle BewohnerInnen werden kurz nach ihrer Ankunft im Heim besucht. Das Team stellt sich vor und bietet – falls der Bewohner/die Bewohnerin dies wünscht – multiprofessionelle Unterstützung an, vor allem in der meist schwierigen Zeit der Eingewöhnung.

Auch für Angehörige ist diese Phase sehr belastend. Oft müssen sie nun Entscheidungen treffen, die der neue Bewohner/die Bewohnerin nicht mehr treffen kann. Kinder haben Schuldgefühle, weil sie die Pflege der Eltern zu Hause nicht mehr leisten können. Auch der Umgang mit dementen PatientInnen ist für Angehörige äußerst belastend, wenn etwa die Tochter nicht mehr von ihrer Mutter erkannt wird. Informations- und Entlastungsgespräche mit den Mitgliedern des CL-Teams wirken auch für die Angehörigen unterstützend.

Die regelmäßige Anwesenheit, die leichte Erreichbarkeit sowie die kontinuierliche Beziehungsarbeit stellen die Grundpfeiler der multiprofessionellen Behandlung und Betreuung dar und beeinflussen somit die Wirksamkeit aller Maßnahmen positiv. Die umfassende Betreuung des ESRA CL-Teams im Maimonides Zentrum ist in einer Zeit immer knapper werdender finanzieller Ressourcen im Sozial- und Gesundheitsbereich keineswegs selbstverständlich. Die Erfahrungen der letzten zwei Jahrzehnte zeigen jedoch, wie hilfreich dieses Angebot für diese Gruppe betagter und hochbetagter Menschen ist.

Angelika Hirsch ist Mitarbeiterin des Psychosozialen Zentrums ESRA.

Der Einzige will man doch nicht sein

Über die Bedürfnisse von LGBTIQ-Personen im Alter

Eigene Pflege- und Betreuungsangebote oder Wohneinrichtungen für LGBTIQ-Personen im Alter? Die Forderung klingt auf den ersten Blick paradox. Widerspricht sie nicht genau dem Ziel einer offenen Gesellschaft, in der die Unterscheidung zwischen „homo“, „hetero“ und anderen Formen der geschlechtlichen Identität keine Rolle spielt? Um diese Frage zu beantworten, braucht es einen differenzierten Blick auf die Zielgruppe.



Der Bevölkerungsanteil der offen schwul, lesbisch oder queer lebenden älteren Menschen ist im Wachsen begriffen. Es ist historisch neu, dass diese Gruppe ihre dritte Lebensphase aktiv plant und Alternativen zu traditionellen Lebensentwürfen sucht. Sie fordert Gleichbehandlung und erwartet auch für die Lebensphase des Alters, dass ihre jeweiligen Bedürfnisse Berücksichtigung finden.

Wissenschaftliche Studien gehen von einem Anteil von LGBTIQ-Personen zwischen fünf und 15 Prozent an der Gesamtbevölkerung aus, weshalb im Schnitt zehn Prozent angenommen

werden können. Nimmt man für Wien insgesamt einen Anteil von 184.000 LGBTIQ-Personen an und rechnet ihn für die Bevölkerung 60 plus hoch, ergibt sich eine Zahl von ca. 39.600 älteren Menschen dieser Gruppe alleine in der Bundeshauptstadt (Basis: Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien 2016).

Pilotstudie des IFES

Die Betreuungssituation von LGBTIQ-Senior*innen wird in anderen west- und nordeuropäischen Ländern schon länger diskutiert. In Österreich haben die Pflege- und Betreuungsanbieter *Sozial Global AG* und die *Wiener*

Sozialdienste Alten- und Pflegedienste GmbH das Thema in Angriff genommen und 2014 die Studie „Wohnen, Pflege und Betreuung im Alter bei Homosexuellen und Transgender“ beim Institut für Empirische Sozialforschung (IFES) beauftragt^[1]. Gefördert wurde die Studie vom *Fonds Soziales Wien* aus Mitteln der Stadt Wien. In der Studie mit Pilotcharakter wurde zunächst der Stand der Forschung aufgearbeitet und im Anschluss eine Erhebung mit qualitativen Interviews mit Expert*innen und LGBTIQ-Personen sowie eine Fragebogenbefragung durchgeführt. Das Echo auf die Studie war groß: Rund 1.120 Respondent*innen – großteils aus Wien – haben sich an der Umfrage

^[1] Die gesamte Studie zum Nachlesen unter: www.ifes.at/aktuelles/wohnen-pflege-betreuung-im-alter-lgbt

beteiligt, um ihre Bedürfnisse im Alter zu reflektieren. Mittels Schneeballsystem wurde der Fragebogen verteilt: Einerseits wurden Onlinekanäle wie Facebookgruppen oder Netzwerke der Auftraggeber genutzt, um den Link zur Onlinebefragung zu verteilen. Andererseits wurden Selbstausfüllerfragebögen dem Gaymagazin *XTRA!* beigelegt, um auch internetfernere Personen zu erreichen. Durch die Verteilung des Fragebogens über dieses Magazin wurden allerdings überdurchschnittlich viele schwule Männer erreicht (680 Personen), weiters haben rund 300 lesbische Frauen, 90 bisexuelle Frauen und Männer und 50 Trans*Personen bei der Umfrage mitgemacht. Die Studie erhebt keinen Anspruch auf Repräsentativität, das heißt, was sie durch ihren Pilotcharakter nicht leisten konnte, war eine Abbildung des gesamten Querschnitts der LGBTIQ-Bevölkerung.

In die Konstruktion des Fragebogens sind grundlegende Annahmen aus der Literatur zu LGBTIQ-Personen im Alter eingeflossen.^[2] Wenngleich wenige Studien zum Thema vorliegen, weisen diese alle auf einen zentralen Kohorteneffekt bei den Bedürfnissen im Alter hin. Ein in der Literatur bekannter Generationenunterschied in der Gruppe homosexueller Männer ist die Unterteilung in eine „pre-liberation“ und eine „post-liberation“-Generation. Sie unterscheidet nach den im Laufe des Lebens erlebten gesellschaftlichen Bedingungen und Stigmatisierungen (Nazi-Verfolgung, Totalverbot von Homosexualität per Gesetz etc.). Für jene, die ihr Schwulsein im Laufe ihres Lebens geheim gehalten haben, z. B. aus Angst vor Repression, ist die Wahrscheinlichkeit, sich im Alter Fremden gegenüber zu outen, nach wie vor geringer. Als weitere Generation wird die „Stone-wall-Generation“ identifiziert, die Generation der Kämpfer*innen der Homosexuellen-Bewegung. Personen, die sich offen zu ihrer gleichgeschlechtlichen Lebensweise bekennen (und auch Befreiungskämpfe geführt

haben), können sich überwiegend nicht vorstellen, in den bestehenden Altenhilfestrukturen zu leben, da sie dort erneute Stigmatisierung befürchten.

Eine weitere Annahme gilt zunächst für alle älteren Menschen unabhängig von ihrer geschlechtlichen Identität: Die dominanten Faktoren für die Lebenszufriedenheit im Alter sind die materielle Lage, der Gesundheitszustand sowie die sozialen Netzwerke einer Person. Sie beeinflussen weitere Dimensionen wie Wohnen, gesellschaftliche Partizipation und Wohlbefinden. Für LGBTIQ-Senior*innen spielen die psychosozialen Ressourcen eine besonders wichtige Rolle, zumal ihre Familienbindungen verwundbarer sind. Ebenfalls zentral sind ein positives Selbstkonzept, die Integration in soziale Netzwerke und Freundschaften sowie die Entwicklung von Kompetenzen im Umgang mit Homophobie und Stigmatisierungen. Nicht zuletzt ist die Akzeptanz der gleichgeschlechtlichen Identität durch die soziale Umgebung („identity support“) ausschlaggebend für ein gelingendes Altern.

Wichtigste Ergebnisse

Wirft man nun einen Blick auf die Ergebnisse der IFES Erhebung, so zeigen diese ein deutliches Misstrauen von LGBTIQ-Personen gegenüber herkömmlichen Angebotsstrukturen für die Versorgung im Alter. Fast 90 Prozent der Befragten meinen, dass das aktuelle Pflege- und Betreuungsangebot in Wien sehr oder eher schlecht auf die Bedürfnisse von Schwulen, Lesben und Trans*Personen eingestellt ist. Darüber hinaus vermutet fast die Hälfte eine Diskriminierung von Schwulen/Lesben durch das Pflegepersonal sowie zwei Drittel durch die Mitbewohner*innen in einer Wohngemeinschaft. Diskriminierendes Verhalten gegenüber Trans*Personen wird für noch wahrscheinlicher gehalten. Entsprechend hoch ist der Zuspruch für ein Betreuungs- oder Pflegeange-

bot, das speziell auf die Bedürfnisse von LGBTIQ-Personen abgestimmt ist. 86 Prozent der Respondent*innen halten es für sehr oder eher wichtig, ein solches in Wien einzurichten. Mit Blick auf die soziale Struktur der Zielgruppe zeigt die Befragung, dass eine Betreuung im Alter durch Familienmitglieder eine marginale Rolle spielen wird.

In Bezug auf die bevorzugte Form der Betreuung im Alter fällt das Ergebnis eindeutig aus: Diese findet im eigenen Zuhause durch den/die Partner*in oder durch einen mobilen Betreuungs- oder Pflegedienst statt. An zweiter Stelle wird eine private Senior*innen-WG präferiert. Es folgen – jedoch mit bereits deutlich niedrigerer Präferenz – weitere Formen der häuslichen Pflege (24-Stunden-Betreuung, Betreuung durch Freund*innen/Bekannte oder Familienmitglieder). Das Pflegewohnumfeld steht erwartungsgemäß an letzter Stelle.

Durchmischung oder Exklusivität?

„Es wäre mir nicht wichtig, ja fast unangenehm, nur mit Schwulen und Lesben zu leben, aber der Einzige will man doch wieder nicht sein. Dieses Gefühl hatte man wohl bereits oft genug.“ So äußert sich ein schwuler Mann zu seinen potentiellen Mitbewohner*innen im Alter. Seine Aussage spiegelt die Sicht der Befragten wider, die sich eine „gute Durchmischung“ wünschen. Diese wurde besonders in den offenen Antwortmöglichkeiten der Umfrage stark betont. Der Anteil jener, die im Alter am liebsten mit ausschließlich gleichgeschlechtlich bzw. queer orientierten Personen zusammenleben wollen, liegt bei den schwulen Männern bei 40 Prozent und bei den befragten Lesben bei 34 Prozent. Die befragten Trans*Personen wollen nur zu zehn Prozent nur mit anderen Trans*Personen zusammenleben.

Befragt nach den betreuenden Personen streuen die Bedürfnisse in den Gruppen relativ stark. Für ein Drittel der lesbischen Frauen spielen

^[2] Vgl. dazu den Teil 1.3 „Ergebnisse ausgewählter Studien“ in der IFES Studie.



Was bedeutet Exil für Schriftsteller_innen? Eine Nachlese von **Katharina Menschik** und **Philipp Sperner** über die Aktualität von Exilliteratur.



auf Seite
28

Geschlecht und Orientierung der betreuenden Person keine Rolle; 29 Prozent möchten von einer Frau, unabhängig von ihrer Orientierung, gepflegt werden; 20 Prozent explizit von einer lesbischen Frau. Was die schwulen Männer betrifft, sind Geschlecht und Orientierung für 46 Prozent der Befragten irrelevant. 30 Prozent möchten am liebsten von einem Mann betreut werden, der selbst homosexuell ist. Zehn Prozent wünschen sich einen Mann, ungeachtet der Orientierung; drei Prozent eine Frau. In beiden Gruppen sind zehn bis 15 Prozent diesbezüglich noch unentschieden. Auffällig ist, dass unter älteren Befragten (50 plus) stärker der Wunsch nach einem spezifischen Betreuungsangebot und einer exklusiven LGBTIQ-Mitbewohner*innenschaft besteht. Das kann mit den lebensgeschichtlichen Erfahrungen von Diskriminierung in diesen Altersgruppen begründet werden und spiegelt die Befunde aus anderen Studien wider.

Die befragten Trans*Personen sind in Bezug auf das Pflegepersonal zur Hälfte mit allen Geschlechtern und Orientierungen einverstanden. 22 Prozent bevorzugen eine Person, die selbst trans* ist. Sechs Prozent möchten von einer Frau, vier Prozent von einem schwulen Mann und ebenfalls vier Prozent von einer lesbischen Frau betreut werden. Expert*innen vermuten in Bezug auf die Gruppe der Trans*Personen einen stärkeren Wunsch nach Normalität als nach einer Sonderstellung in der Betreuung. Das Bedürfnis dieser Zielgruppe liegt vor allem in der gesellschaft-

lichen Integration und Akzeptanz. „Gay-friendly“-Angebote sollen aber jedenfalls auch Trans*Personen offenstehen, wenn diese sie nutzen wollen.

Pflege durch informierte Pfleger*innen

Eine zukünftige „gay-friendly“-Ausrichtung von mobilen Pflege- und Betreuungsdiensten stößt bei den Befragten auf sehr gute Resonanz. Dieses Angebot wird allem voran als realistisch für eine niederschwellige, flächendeckende Versorgung eingeschätzt und passt mit dem Wunsch zusammen, die eigene Wohnung nicht aufgeben zu müssen. Ein Befragter verwendet für das schwulen- und lesbenfreundliche Angebot den Begriff der „informierten Pflege“: „Bei Wohnprojekten ist es schön und wichtig, dass es ein paar gibt, aber die Pflege von informierten Pflegerinnen und Pflegern, das ist vielleicht der Kern der Sache“.

Diversität des Personals

Sowohl in der Literatur als auch in den Expert*innengesprächen wird die Bedeutung einer besseren Schulung und Sensibilisierung von Pflege- und Betreuungspersonal in der Ausbildung betont. Besonderer Aufklärungsbedarf besteht beim Thema Trans* Identität. Ein wesentlicher Schritt wäre die Integration von LGBTIQ-Themen in die Ausbildung von Altenpflege- und Heimhilfeberufen. Dies besteht in Wien im Bereich der Krankenpflegerausbildung bereits in Form eines von der Wiener Antidiskriminierungs-

stelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen angebotenen Seminars. Eine Übernahme für alle pflegerelevanten Berufsausbildungen wäre das Ziel – und dafür müssten entsprechend Ressourcen bereitgestellt werden.

In Bezug auf den Personalbereich kann eine „gay-friendly“-Betreuungsschiene für einen Anbieter bewirken, dass sich Pfleger*innen und Heilmhelfer*innen, die selbst schwul-lesbisch sind und/oder gerne mit LGBTIQ-Personen arbeiten würden, eher bewerben. Diese Mitarbeiter*innen können für die Betreuung von Klient*innen eingesetzt werden, denen eine spezifische Betreuung am liebsten ist: Immerhin 30 Prozent der schwulen Befragten möchten von einem schwulen Mann betreut werden; 20 Prozent der lesbischen Befragten von einer lesbischen Frau und gut 20 Prozent der Trans*Personen von einem/einer Identitätsgenoss*in.

Die Studie „Wohnen, Pflege und Betreuung im Alter bei Homosexuellen und Transgender“ wurde 2014 vom IFES im Auftrag von Sozial Global AG und der Wiener Sozialdienste, Alten- und Pflegedienste GmbH erstellt. Gefördert wurde die Studie vom Fonds Soziales Wien aus Mitteln der Stadt Wien.

Methodik: Literaturstudie über Beispielprojekte und rezente Studien, qualitative Interviews, Expert*innen-Interviews und eine Online- bzw. Selbstausfüller-Fragebogenbefragung.

Christa Edlmayr ist Soziologin und war bis 2015 im Institut für empirische Sozialforschung (IFES) tätig. Sie arbeitet derzeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin bei queraum.kultur- und sozialforschung.

Christine Schuster ist Soziologin und seit 2008 am Institut für empirische Sozialforschung (IFES) als Projektleiterin tätig.

Pflege unterm Regenbogen

Die individuelle Pflege und Betreuung ist ein wertvolles Angebot der Wiener Sozialdienste Alten- und Pflegedienste GmbH (in der Folge Wiener Sozialdienste). Unsere Maxime ist es, allen Menschen achtungsvoll zu begegnen und sie würdevoll zu pflegen. Im Mittelpunkt der täglichen Dienstleistungen stehen pflege- und betreuungsbedürftige Menschen, unabhängig von ihrer religiösen, sozialen, kulturellen oder sexuellen Orientierung.



Unsere Grundsätze, die ihren Ausdruck im Respekt gegenüber *allen* Menschen und in ihrer Gleichbehandlung finden, sind gerade in einer Zeit der verstärkten Zuwanderung, Flucht und Asylsuche besonders wichtig. Die zunehmende Sichtbarkeit der soziokulturellen Strukturveränderung löst aber auch Ängste und Vorurteile in der Gesellschaft aus. Umso wichtiger ist es, die Begriffe Diversity, Inklusion, Integration, Gleichberechtigung und Gleichstellung ernst zu nehmen und mit Leben zu füllen.

Für die Wiener Sozialdienste waren und sind Inklusion, Integration, Gleichberechtigung und Gleichstellung immer ein großes Anliegen. Derzeit sind Menschen aus über 52 verschiedenen Herkunftsländern im Unternehmen vertreten. Gerade die kulturelle Vielfalt, die unsere Mitarbeiter_innen mitbringen, tragen erheblich dazu bei, die Kund_innen zufriedenzustellen. Jede und jeder trägt mit dem mitgebrachten und erworbenen Wissen dazu bei, dass die unterschiedlichsten Bedürfnisse

unserer Kund_innen verstanden und so gut wie möglich darauf eingegangen werden kann.

Ein ganz besonderes Angebot bildet das Projekt „Pflege unterm Regenbogen“, mit dem die Wiener Sozialdienste ihre Betreuungs- und Pflegeleistung erweitert haben. Mit diesem Angebot wurde eine Beratungsplattform für Homosexuelle und Transgender lebende Menschen bzw. Senior_innen geschaffen. Auf der Website der Wiener Sozialdienste unter der Rubrik

„Pflege unterm Regenbogen“ können alle Interessierten Informationen zur Pflege und Betreuung erhalten. Des Weiteren versuchen wir, alle individuellen Fragen rund um das Thema „Pflege und Alter“ im Zusammenhang mit gleichlebenden, gleichliebenden und gleichdenkenden Menschen zu beantworten. So wird zum Beispiel Auskunft darüber gegeben, welche notwendigen Schritte einzuleiten sind, um Pflege- und Betreuungsleistungen beantragen zu können. Neben der Information über die Zugangsmöglichkeiten sind aber auch die Grundinformationen über Finanzierung, Ablaufmodalitäten und Bedingungen für Pflegegeldanträge Bestandteil der Beratung.

Die Notwendigkeit dieses Angebots wurde auch durch eine von den Wiener Sozialdiensten und der Sozial Global AG beauftragte und vom Institut für empirische Sozialforschung (IFES) durchgeführte Studie bestätigt. Festgestellt wurde unter anderem ein Bedürfnis der LGBTIQ-Community (Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender, Intersex und Queer) nach spezifisch ausgerichteten Wohn-, Pflege- und Betreuungsangeboten für Ältere. Der Studie zufolge vertraut die LGBTIQ-Community vielen „herkömmlichen“ Einrichtungen wenig, da eine Diskriminierung befürchtet wird.^[1]

Die Befürchtungen und Ängste der LGBTIQ-Community gehen auf die Erlebnisse und Erfahrungen in der jüngeren Vergangenheit zurück. Ein lesbisches oder schwules Leben war noch im 20. Jahrhundert in Österreich von lebenslangem Schweigen über die eigene Sexualität gekennzeichnet. In vielen Fällen wurde auch über die Liebe gleichgeschlechtlich lebender Menschen geschwiegen. Homosexuelle wurden durch den Staat und die Gesellschaft ins soziale Abseits oder

„into the closet“, in das Geheimhalten des eigenen Liebeslebens, gezwungen. Der Rechtsstaat brachte homosexuell lebende Menschen in den Kerker, in die Psychiatrie, der NS-Staat auch in die Konzentrationslager und in den Tod.

Die Gesellschaft trieb die Betroffenen in Isolation, Verzweiflung bis hin zum Selbstmord. Bis heute glauben zahlreiche Lesben und Schwule, ihre sexuelle Orientierung, ihre Lebenspartner_innen und Freund_innen geheim halten zu müssen.

Eine der Stationen der Stadtführung „Verdrängtes Unrecht. Die Verfolgung von Schwulen und Lesben ab 1938 in Wien“ ist dem medizinischen Institut im Neunten Wiener Gemeindebezirk, Währingerstraße 13 gewidmet. Andreas Brunner, Leiter von QWIEN – Zentrum für schwul/lesbische Kultur und Geschichte in Wien, hält im Begleit-Booklet zur Stadtführung fest: „In Bezug auf Homosexualität teilten sich auch Mediziner_innen in zwei Lager: Die Einen hielten Homosexualität für einen angeborenen Triebdefekt, die Anderen gingen von einer ‚Krankheit Homosexualität‘ aus, die man mit brutalen Methoden zu ‚heilen‘ glaubte. Oft ist in den Gutachten von der ‚geistigen Minderwertigkeit‘ der Männer die Rede, doch wurden der ‚abnorme Charakter [...] und der perverse Geschlechtstrieb‘ nicht zwangsweise als Geisteskrankheit gewertet. Die nationalsozialistische Medizin sah in der Entmannung oder Kastration schwuler Männer eine Möglichkeit, deren Geschlechtstrieb einzudämmen. Solche Maßnahmen wurden auch als ‚freiwillige‘ angeboten, da sich die Betroffenen damit aus dem Gefängnis oder dem Lager ‚freikaufen‘ konnten. In den Konzentrationslagern wurden auch medizinische Versuche an homosexuellen Häftlingen durchgeführt.“^[2]

Auch heute noch empfindet ein Teil der Community eine Ablehnung ihrer Existenz durch den Staat. Das Strafgesetz, die rechtliche Diskriminierung im Zivilgesetz, aber auch das nur halberzige Eingestehen des staatlichen Fehlverhaltens, tragen dazu bei.

Die Wiener Sozialdienste wollen daher dem hohen Zuspruch für ein Betreuungs- und Pflegeangebot, das auf die Bedürfnisse von LGBTIQ-Personen abgestimmt ist, Rechnung tragen. So ist die 2012 initiierte kostenlose – und wenn gewünscht anonyme – Beratung ein wesentliches Angebot für die Community. Es ist dem Unternehmen besonders wichtig, nach dem Leitsatz „Gemeinsam für Menschen“ zu handeln und für alle Menschen in der Pflege und Betreuung ein zuverlässiger und offener Partner zu sein.

Aber nicht nur mit dem Betreuungsangebot „Pflege unterm Regenbogen“, sondern auch mit vielen anderen Angeboten versuchen die Wiener Sozialdienste, den Bedürfnissen der Wiener_innen im Sinne der Inklusion und Diversität nachzukommen. Die Wiener Sozialdienste Förderung & Begleitung GmbH bietet mit den Basalen Förderklassen eine Schulform für mehrfach behinderte, pflegeabhängige Kinder und Jugendliche im Regelschulsystem. Die Mobile Frühförderung ist ein Angebot für entwicklungsverzögerte, entwicklungsgefährdete und behinderte Kleinkinder und ihre Familien. In den Zentren für Entwicklungsförderung werden schließlich Kindern bis zehn Jahren nach einer umfassenden Diagnostik Beratung und Therapien angeboten.

Für mehr Informationen zu den Angeboten der Wiener Sozialdienste Alten- und Pflegedienste: www.wienersozialdienste.at

Herbert Messinger Kari, Case Manager der betreuten Seniorenwohngemeinschaften der Wiener Sozialdienste und diplomierter Gesundheits- und Krankenpflegepädagogin, ist Initiator und Ansprechpartner für das Beratungsangebot „Pflege unterm Regenbogen“.

^[1] http://www.ifes.at/sites/default/files/downloads/wohnen_pflege_und_betreuung_im_alter_bei_lgbt_ifes_gesamtbericht.pdf (Stand: 17.5.2017)

^[2] http://www.paradigmata.at/paradigmata/uploads/bibliothek_pdfs/ausgaben/PD_4/andreas_brunner_stadtpaziergang_verdrangtes_unrecht.pdf (Stand: 17.5.2017)

Wenn MigrantInnen älter werden

Erwartungen an Pflege und Betreuung

Bestimmte Gruppen von WienerInnen ausländischer Herkunft nehmen die Pflege- und Betreuungsleistungen der Stadt nur unterdurchschnittlich oft in Anspruch. Da der gleiche Zugang für alle BürgerInnen zu Leistungen der öffentlichen Hand jedoch ein wesentliches Ziel inklusiver Sozialpolitik ist, wurden MigrantInnen in Wien zu ihren Erwartungen an die Pflege- und Betreuungsangebote befragt.



Aufgrund der oben genannten Erkenntnis, die auf internen Analysen der KundInnen des Fonds Soziales Wien (FSW) beruht, wurde Prof. Christoph Reinprecht (Institut für Soziologie, Universität Wien) mit der Durchführung der Studie „Einfluss der Migration auf Leistungserbringung und Inanspruchnahme von Pflege- und Betreuungsleistungen in Wien“^[1] beauftragt. Ein wesentliches Ziel war es, Gründe für die geringere Inanspruchnahme der Pflege- und Betreuungsleistungen

durch bestimmte Herkunftsgruppen zu finden und zudem Erwartungen von MigrantInnen an die Angebote zu erheben. Die Ergebnisse der dazu durchgeführten Befragung sind in eine Strukturanalyse der älteren Wohnbevölkerung Wiens, Good-Practice-Beispiele, eine Kontextualisierung durch ExpertInnen sowie Handlungsempfehlungen eingebettet. Dieser Beitrag fasst einige Erkenntnisse der Studie zusammen und stellt daraus abgeleitete Handlungsempfehlungen vor.

Ein zentraler Anspruch war es, nicht nur über die betroffenen Menschen zu reden, sondern diese selbst zu Wort kommen zu lassen. Deshalb wurden 429 WienerInnen, die ursprünglich aus der Türkei, dem Iran, Bosnien, Serbien und Polen kommen, in – überwiegend in deren Eigensprache durchgeführten – Interviews zu ihren Erwartungen an das System der Pflege und Betreuung befragt. Diese fünf Herkunftsgruppen sind repräsentativ für die Migration nach Österreich: Sie

verkörpern unterschiedliche Migrationserfahrungen (Arbeitsmigration, Flucht) und sind sozialstrukturell unterschiedlich zusammengesetzt. Die unterschiedlichen Erwartungen wurden explizit nicht nur nach dem Herkunftsland, sondern u. a. auch nach dem sozialen Milieu der Befragten analysiert, das in den Ergebnissen häufig einen stärkeren Einfluss als das Herkunftsland zeigt.

Informationsstand, Sorgen und Ängste

Nur rund ein Fünftel (21%) der 429 befragten Personen hat sich bereits über die Angebote und Einrichtungen der Pflege und Betreuung in Wien informiert. Dabei handelt es sich zu einem größeren Teil um Frauen (67%). Die häufigsten Informationsquellen sind: Familie und Verwandte (49%), FreundInnen und Bekannte (48%) sowie (Haus-)ärztInnen (43%). Auffällig ist, dass 27 Prozent der 339 Personen, die sich noch nicht informiert haben angeben, dass sie nicht wissen, wo sie sich informieren könnten.

Befragt nach Befürchtungen im Zusammenhang mit Pflege und Betreuungsleistungen gibt zwar insgesamt eine Mehrheit ein Sicherheitsempfinden (58%) und keine Befürchtungen bzw. Unbehagen an, jedoch können die anteilmäßig geringeren geäußerten Unsicherheiten und Ungewissheiten keinesfalls ignoriert werden.^[2] So fühlt knapp die Hälfte der Befragten Unsicherheit, etwa in Bezug auf das Sprachverständnis, rund ein Viertel fühlt sich insgesamt unbehaglich dabei, eine Pflege oder Betreuungsleistung in Anspruch zu nehmen und ca. ein Fünftel macht sich Sorgen über anfallende Kosten oder befürchtet Diskriminierungen. Bei den Antworten

fällt auf, dass Personen aus Ländern der Arbeitsmigration signifikant häufiger Befürchtungen und Gefühle der Unsicherheit äußern, als solche aus anderen Herkunftsländern.

Die 429 MigrantInnen^[3] wurden ausführlich zu ihren Präferenzen bei einer möglicherweise eintretenden Betreuungs- bzw. Pflegebedürftigkeit befragt. Dabei wurden Fragen zur Wohnform, Erwartungen an eine stationäre Einrichtung und an die Pflegekraft gestellt.

Wohnformen: Eigenwohnung vor stationärer Einrichtung

Im Falle einer Pflegebedürftigkeit präferieren 54 Prozent der Befragten die Eigenwohnung (Verbleib in der eigenen Wohnung, Pflege und Betreuung durch mobile Dienste oder eine professionelle 24-Stunden-Betreuung), gefolgt von einer stationären Einrichtung (35%). Die Familienwohnung (hierunter wird die Wohnung der Kinder oder anderer Angehöriger, aber auch die eigene Wohnung mit einer Rund-um-die-Uhr-Betreuung durch die Familie verstanden) wird nur von 24 Prozent präferiert. Die höchste Zustimmung zu einer stationären Einrichtung als bevorzugter Wohnform im Falle einer Pflegebedürftigkeit wird mit 50 Prozent in der Gruppe der aus Serbien eingewanderten Menschen erreicht (Bosnien: 46%, Türkei und Polen jeweils 25%, Iran 35%). In einer tiefergehenden Analyse wird deutlich, dass Menschen serbischer Herkunft am wenigsten zufrieden mit ihrer derzeitigen Wohnform sind (57%), daher können sie sich vermutlich auch nur seltener vorstellen, in dieser Wohnung alt zu werden. Die Frage nach der stationären Einrichtung

wurde zudem nochmals unterteilt; so konnten die Befragten angeben, ob sie eine Einrichtung, die für alle offen ist oder eine Einrichtung speziell für die eigenen „Landsleute“ präferieren würden. Eine Einrichtung, die für alle offen ist, wird von 39 Prozent der Befragten bevorzugt, eine eigene Einrichtung speziell für die eigenen „Landsleute“ von 31 Prozent. Damit werden inklusive Ansätze in der Pflege- und Betreuungspolitik gegenüber spezifischen Angeboten für bestimmte Gruppen bestätigt. [Siehe Grafik -1]

Ideales Wohnhaus für PensionistInnen: Wohlbefinden und Geselligkeit

Zu den Erwartungen an ein Wohnhaus für PensionistInnen wurden 22 verschiedene Fragen gestellt, die anschließend zu sechs Schwerpunkten zusammengefasst wurden: Wohlbefinden (Gefühl der Geborgenheit, Raum für Aktivitäten, Familie, FreundInnen), Modernität (Ausstattung mit Computern, Robotern, Möglichkeit zu Sport und Fitness), Religion (Rücksicht auf religiöse Bedürfnisse, Gebetsräume), Herkunft (andere Landsleute, muttersprachliche Unterhaltung), Natur (Gartenarbeit, Grillen, Picknick) und Geselligkeit (Unterhaltung und Freizeit). Die Kategorien „Wohlbefinden“ und „Geselligkeit“ bilden die Erwartungen an ein ideales PensionistInnenwohnhaus mit insgesamt 95 bzw. 82 Prozent Zustimmung am besten ab und sind damit stärker ausschlaggebend als etwa „Herkunft“ und „Religion“ mit 59 bzw. 49 Prozent. Die Ergebnisse variieren jedoch nach Herkunftsland, Geschlecht und Bildung.

Modernität ist für Männer etwas wichtiger (53% Zustimmung) als für Frauen (46%); Frauen legen größeren Wert auf die Kategorie „Herkunft“ (64 gegenüber 53%). Bei den formal weniger gebildeten Befragten sind die Zustimmungswerte für „Religion“, „Herkunft“ und „Natur“ deutlich höher als für formal höher gebildete MigrantInnen. Hier liegen die Zustimmungen zu „Modernität“ und „Geselligkeit“ höher. [Siehe Grafik -2]

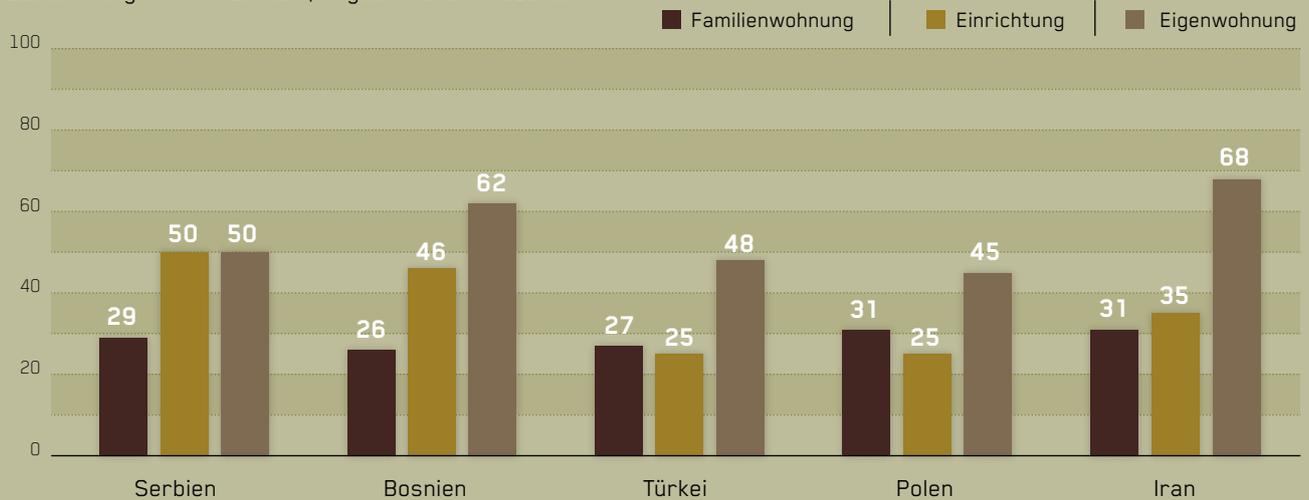
^[1] Die Studie wurde von der Magistratsabteilung 24 – Gesundheits- und Sozialplanung der Stadt Wien und dem Dachverband Wiener Sozialeinrichtungen beauftragt. Sie kann hier heruntergeladen werden: <https://www.wien.gv.at/gesundheit/einrichtungen/planung/soziales/migration.html>.

^[2] Im Rahmen dieses Beitrags können nur einige zusammengefasste Antworten und Kategorien präsentiert werden. In der Studie sind alle einzelnen Fragen aufgeführt und können nach spezifischem Interesse nachgelesen werden.

^[3] Der Begriff Migrant/Migrantin stellt auf das Merkmal der Wanderung ab und nicht auf einen Mitgliedschaftsstatus. Soziologisch ist der Einschluss eingebürgerter Personen wichtig, weil die mit Migration verbundenen Prozesse – etwa von Benachteiligung aufgrund von nationaler Herkunft und ethnischer Zugehörigkeit – bei Übernahme der Staatsbürgerschaft des Aufnahmelandes nicht automatisch außer Kraft gesetzt werden.

Wohnformangebote nach Herkunft ⁻¹

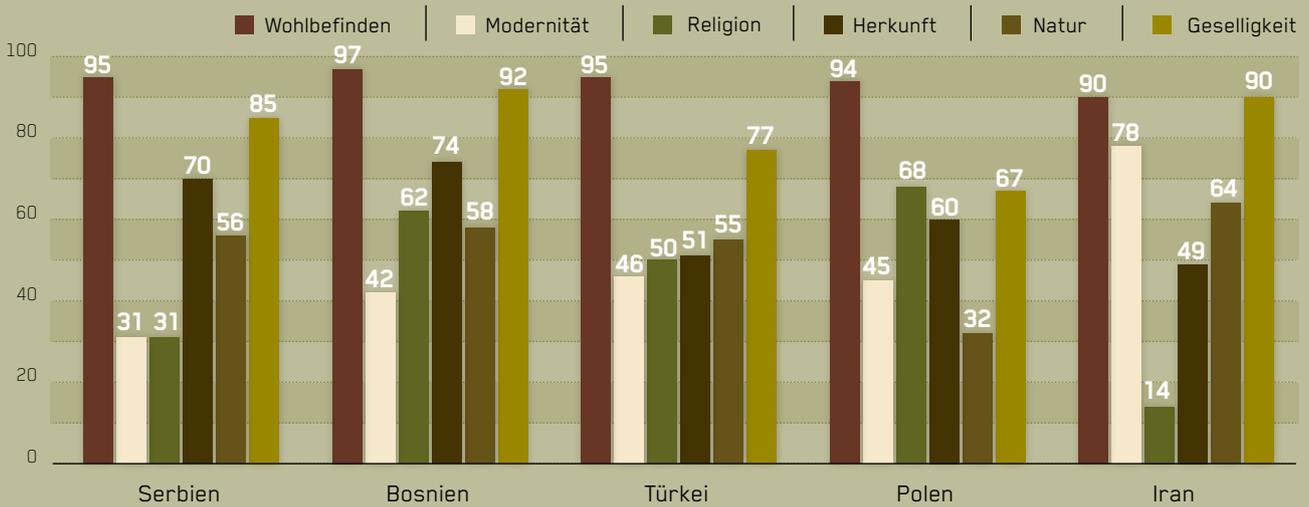
Zustimmungen in Prozenten | Angabe: valide Prozente



Quelle: Reinprecht, Christoph (2016): Einfluss der Migration auf Leistungserbringung und Inanspruchnahme von Pflege- und Betreuungsleistungen in Wien, Wien, 57.

Ein ideales PensionistInnenwohnhaus nach Herkunft ⁻²

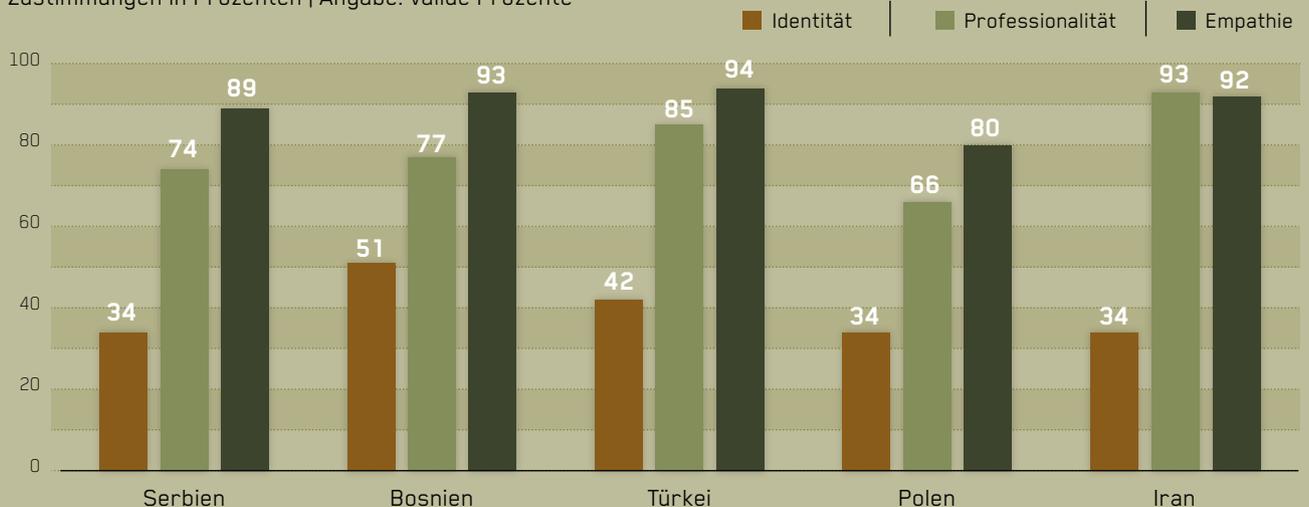
Zustimmungen in Prozenten | Angabe: valide Prozente



Quelle: Reinprecht, Christoph (2016): Einfluss der Migration auf Leistungserbringung und Inanspruchnahme von Pflege- und Betreuungsleistungen in Wien, Wien, 67.

Erwartungen an die Pflegekraft nach Herkunft ⁻³

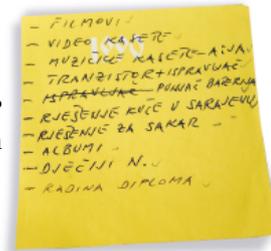
Zustimmungen in Prozenten | Angabe: valide Prozente



Quelle: Reinprecht, Christoph (2016): Einfluss der Migration auf Leistungserbringung und Inanspruchnahme von Pflege- und Betreuungsleistungen in Wien, Wien, 62.



Was zeugt davon, dass man gelebt hat?
Vida Bakondy über die Bedeutung von Erinnerungsstücken.



auf Seite
30

Erwartungen an Pflegekräfte: universelle Werte überwiegen

Die Erwartungen an die Pflegekräfte orientieren sich stark an universellen Werten wie Respekt (96 %) und Verständnis (90%). Das gleiche Geschlecht ist für 46 Prozent der Befragten wichtig, eine muttersprachliche Betreuung für 47 Prozent. Dass die Pflegekraft der gleichen Volksgruppe angehört, hat weniger Bedeutung (26 %). Die drei letztgenannten Punkte wurden als Kategorie „Identität“ zusammengefasst. Es fällt auf, dass diese „Identität“ für die befragten Frauen deutlich wichtiger (51 % Zustimmung) als für die Männer (22 %) ist. [Siehe Grafik ⁻³]

Demografische Entwicklung und Älterwerden in Wien

Die Studienergebnisse haben eine hohe Relevanz für die Planung der künftigen Pflege und Betreuungsangebote in Wien. Der Stadt Wien ist es wichtig, dass alle Wienerinnen und Wiener die Pflege- und Betreuungsangebote kennen und wissen, dass sie ihnen bei Bedarf zur Verfügung stehen. Zudem werden die Studienergebnisse an Bedeutung gewinnen, da es sich bei älteren MigrantInnen in Wien noch um eine kleine, aber ständig wachsende Gruppe handelt. Insbesondere die Generation der sogenannten GastarbeiterInnen kommt in ein Alter, in dem die Thematik der Pflege und Betreuung zunehmend an Bedeutung gewinnt. Befragte aus den entsprechenden Herkunftsländern

berichten überdurchschnittlich oft von gesundheitlichen Beschwerden. Zudem gibt die Mehrheit der befragten Personen an, ihr Alter in Wien bzw. Österreich verbringen zu wollen: 56 Prozent wollen auf jeden Fall in Wien bleiben, 29 Prozent bevorzugen einen teilweisen Aufenthalt, nur acht Prozent haben vor nicht zu bleiben (weitere acht Prozent wissen es noch nicht).

Handlungsempfehlungen: Inklusion als zentraler Schlüssel

Ein weiteres Anliegen des Projekts war es, nicht bei den Erkenntnissen der Interviews zu enden. Ein ExpertInnen-Beirat aus den Bereichen Pflege und Betreuung sowie Integration und Diversität hat Handlungsempfehlungen auf der Grundlage der Befragungsergebnisse erarbeitet. Besonders wichtig dabei ist es, auf die Sorgen und Ängste der Menschen einzugehen. So zeigt die Studie etwa, dass (in anderen Lebensbereichen gemachte) Diskriminierungserfahrungen ein zentrales Argument gegen die Inanspruchnahme von stationären Einrichtungen darstellen. Andererseits erhöhen eine gute materielle Lage, die Tatsache, gerne Deutsch zu sprechen und die Inanspruchnahme anderer Sozialleistungen die Zufriedenheit mit den gegebenen Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe.

Die konkreten Handlungsempfehlungen betonen etwa die Wichtigkeit von Informationen: Diese sollen gezielt verteilt und von Erklärungen begleitet werden, der persönliche Kontakt wird

als zentral angesehen. So erscheinen etwa „Mittelpersonen“, die sowohl in den Communities als auch in der Stadt verankert sind, als besonders zielführend. Zudem wird empfohlen, MitarbeiterInnen mit Migrationshintergrund in den Trägerorganisationen in der Informationsarbeit einzusetzen, Präsenz in Medien der Communitys zu zeigen und die Schlüsselfunktion von ÄrztInnen zu nutzen.

Kompetenzen im Bereich Diversität von MitarbeiterInnen in der Pflege und Betreuung müssen anerkannt, gefördert und gepflegt werden. Ein professionelles Diversitätsmanagement sowie Qualifizierungen und Weiterbildungen sind dabei zentral. Im Bereich der stationären Einrichtungen lässt sich aus den Forschungsergebnissen der Ansatz von inklusiven und integrativen Einrichtungen ableiten, die für alle Menschen offen sind. In diesem Rahmen wird die Einrichtung von Wohneinheiten für bestimmte MigrantInnen- bzw. Milieugruppen oder „situative Insellösungen“, die bspw. im Bedarfsfall organisiert werden, empfohlen. So könnten, wenn mehrere MigrantInnen einer Herkunfts- oder Milieugruppe in einer Einrichtungen leben, diese – wenn gewünscht – in räumlicher Nähe wohnen.

Es handelt sich hierbei um erste Empfehlungen und Ansätze für Maßnahmen, die weiter entwickelt werden müssen. Dies geschieht etwa im Rahmen der aktuellen Pflegestrategie der Stadt Wien „Pflege und Betreuung in Wien 2030“^[4].

Jana Schultheiß ist Referentin für Pflege und Betreuung in der Sozialplanung der Magistratsabteilung 24 – Gesundheits- und Sozialplanung der Stadt Wien.

^[4] Das Strategiekonzept kann hier heruntergeladen werden: <https://www.wien.gv.at/gesundheit/einrichtungen/planung/soziales/pflege2030.html>

Bereits ab 968 € pro Monat

24-Stunden-Betreuung und Care Migration

Mit der rechtlichen Regelung der 24-Stunden-Betreuung vor zehn Jahren sind die Probleme und Herausforderungen weder für den Gesetzgeber und die Interessensvertretungen, noch für Pflegebedürftige und Pflegende zur Gänze verschwunden. Augenmerk wird vor allem auf die zukünftige Finanzierung der Pflegevorsorge, auf die Entlohnung und die Rechte der PersonenbetreuerInnen sowie auf die Rolle der Vermittlungsagenturen gelegt.



Im Zuge der Nationalratswahlen in Österreich 2006 haben die Themen Pflegenotstand sowie die illegale Beschäftigung von Pflegerinnen und Pflegern aus dem Ausland die Medienlandschaft dominiert. Schlagzeilen wie „Niederösterreich musste wegen illegaler Beschäftigung einer Pflegerin aus Bratislava 2200 Euro zahlen“^[1],

„Nächste Pflegefälle in Politikerfamilien: ÖVP-Kukacka und SPÖ-Einem“^[2] und „Pflegeskandal bei Schüssel? ÖVP-Kanzler soll illegale Pflegerin beschäftigt haben“^[3] haben dafür gesorgt, dass die prekäre Lage in der häuslichen Betreuung pflegebedürftiger Menschen in Österreich an die Öffentlichkeit gelangte und die Bevölkerung mit

dem Phänomen „Care Migration“ vertraut gemacht wurde.

Vor allem waren es aktuelle politische und demografische Entwicklungen der Zeit, die der Thematik zunehmend Relevanz verliehen. Nach dem Zusammenbruch der politischen Systeme des Ostblocks in den 1990er Jahren begann eine

sogenannte Pendelmigration von Pflegefachkräften zwischen ost- und westeuropäischen Ländern. Mit ihr wurden die Lücken in den westeuropäischen Pflegesystemen gefüllt, und zwar zu relativ niedrigen Preisen, die sich am Beginn der neunziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts auf etwa 1600 Euro im Monat eingependelt hatten. Schon damals entstand ein „grauer Markt“, der sich darauf spezialisiert hatte, durch die Vermittlung von Betreuungskräften aus den osteuropäischen Ländern – vorwiegend aus den Grenzgebieten – die Betreuungsleistungen in Privathaushalten zu erschwinglichen Preisen, jedoch illegal zu erbringen.

Care Migration

Mit dem Hausbetreuungsgesetz vom 1.7.2007 und der Novelle der Gewerbeordnung wurde schließlich die 24-Stunden-Betreuung in Österreich rechtlich geregelt. Seither können Betreuungskräfte als Angestellte oder selbstständige Personenbetreuerinnen ihre Dienste anbieten. Indirekt wurde mit dieser politischen Entscheidung die *Care Migration* als legale Fürsorgeoption in das österreichische Pflegesystem eingebettet.

Unter dem Begriff *Care* fasst die Politikwissenschaftlerin Erna Appelt alle Leistungen der Betreuung, Versorgung, Pflege und Begleitung von Menschen zusammen, die nicht, noch nicht bzw. nicht mehr oder in irgendeiner Weise

nur eingeschränkt für sich sorgen können.^[4] Der Begriff *Care* gewann in den letzten Jahrzehnten zunehmend an Bedeutung und hat sich auch in der Migrations- und Geschlechterforschung etabliert; mit ihm wird versucht, die Arbeit der Transmigrantinnen und Transmigranten in Privathaushalten zu beschreiben. Hinter diesem Begriff steht die gemeinsame Absicht, zu kritisieren, wem die gesellschaftliche Übernahme von Pflege, Betreuung und Erziehung zuzuschreiben ist.^[5] Für die Soziologin Margrit Brückner geht es darum, „Care – als traditionell von Frauen ausgeübte Sorgetätigkeit – zu einem öffentlichen Thema der Gerechtigkeit zu machen und die Anerkennung von Care als notwendige gesellschaftliche Aufgabe einzufordern“.^[6]

Die Legalisierung der 24-Stunden-Betreuung brachte vorerst für alle Betroffenen Verbesserungen. Die Pflegebedürftigen und deren Familien konnten nun legale Betreuungsleistungen am Markt erwerben. Für pflegende Angehörige hat sich auch eine Reihe von sozialen Rechten etabliert: Care-Zeiten für Pensionsansprüche wurden anerkannt; den Ansprüchen auf eine unbefristete kostenlose Pensionsversicherung sowie auf Pflegekarengeld wurde mit der Legalisierung stattgegeben. Die finanzielle Unterstützung für die 24-Stunden-Pflege wurde mit dem Bundespflegegeld und mit staatlichen Förderungen gesichert. Die Legalisierung der 24-Stunden-Betreuung brachte auch für Betreuerinnen und Betreuer eine

Rechtssicherheit und eine neue legale Form der Ausübung der Betreuungstätigkeiten als selbstständige oder unselbstständige PersonenbetreuerInnen. Auch die Tätigkeiten, die sie ausüben dürfen – und solche, die sie nicht ausüben müssen –, wurden durch die Legalisierung definiert.

Probleme und Herausforderungen in der 24-Stunden-Betreuung, die der Gesetzgeber, die InteressenvertreterInnen sowie die Betroffenen zu bewältigen haben, sind jedoch mit der Legalisierung nicht zur Gänze verschwunden. Das Augenmerk wird vor allem auf die zukünftige Finanzierung der Pflegevorsorge, auf die Entlohnung und auf die Rechte der PersonenbetreuerInnen sowie auf die Rolle der Vermittlungsagenturen in der 24-Stunden-Betreuung gelegt.

Vermittlungsagenturen

Im Jahr 2016 waren in Österreich 421 Agenturen zur Vermittlung von Betreuungspersonen an Pflegebedürftige registriert. Insgesamt sind aber am österreichischen Markt rund 700 Vermittlungsagenturen tätig, zählt man auch die osteuropäischen dazu. In einer 2013 erstellten Studie zu Vermittlungsagenturen in der 24-h-Betreuung^[7] wird auf die vielfach schwere Nachvollziehbarkeit, Vergleichbarkeit und Transparenz der Angebote hingewiesen. Zum Beispiel wird, obwohl die Verträge von einer Selbstständigkeit ausgehen, meist ein Zweiwochenrhythmus als Arbeitszeit angeboten bzw. erwartet; außerdem werden Honorarsätze, die vom Qualitätshintergrund der Betreuung und vom individuellen Betreuungsbedarf abhängig sind, von den Agenturen selbst vorgegeben.^[8]

Des Weiteren merken die StudienautorInnen an, dass erhebliche Unterschiede in der Höhe der Vermittlungsgebühren sowie der Tageshonorare und monatlichen Kosten der Betreuung unter Berücksichtigung der Qualitätsunterschiede existieren.^[9] Zusammenfassend

^[1] Der Standard, 25. August 2006.

^[2] Ebd., 2. September 2006.

^[3] News, 19. September 2006.

^[4] Erna Appelt (2014): Das österreichische Elder-Care-Regime – eine intersektionelle Analyse. In: Appelt, E., Fleischer, E., Preglau, M. (Hg.) (2014): Elder Care, Intersektionelle Analysen der informellen Betreuung und Pflege alter Menschen in Österreich. Innsbruck: Studienverlag, S. 55-76.

^[5] Johanna Krawietz, Stefanie Visel (Hg.) (2014): Prekarisierung transnationaler Care-Arbeit – Ambivalente Anerkennung. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 23.

^[6] Margrit Brückner (2010): Entwicklungen der Care-Debatte. Wurzeln und Begrifflichkeiten. In: Apitzsch, U., Schmidbauer, M. (2010) Care und Migration. Eine Ent-Sorgung menschlicher Reproduktionsarbeit entlang von Geschlechter- und Armutsgrenzen. Frankfurt: Budrich-Verlag, S. 43.

^[7] August Österle, Andreas Hasl, Gudrun Bauer (2013): Vermittlungsagenturen in der 24-h-Betreuung. WISO – Wirtschafts- und sozialpolitische Zeitschrift des ISW 35 (1): 159-172.

^[8] Vgl. ebd.: S. 166.



ist es für potenzielle NutzerInnen des Angebots sehr schwer nachvollziehbar und vergleichbar, welche Kosten für welche Leistungen anfallen würden. Informationen rechtlicher Natur oder über Vermittlungsabläufe bleiben Klientinnen und Klienten meistens verborgen.^[10] Kritisiert wird auch das Fehlen von Kontrollinstanzen, die die sachgerechte Ausübung sowie die Qualität der Betreuung und deren Vermittlung überprüfen. Außerdem sind die AutorInnen des Berichts der Meinung, dass klare Qualifikations-, Qualitäts- und Transparenzkriterien sowohl für NutzerInnen in der Auswahl eines Personenbetreuungsdienstes, für die Qualität der Dienstleistung sowie für deren Einbindung in das Pflegesystem als auch für PersonenbetreuerInnen ein erheblich höheres Maß an Sicherheit bieten würden, als dies derzeit der Fall ist.

In einem Kurier-Bericht^[11] aus 2014 wird exemplarisch über Missstände bei der 24-Stunden-Betreuung berichtet. Selbstständige Betreuerinnen bekämen etwa nur einen

^[9] Vgl. ebd.: S. 169.

^[10] Vgl. ebd.: S. 170.

^[11] Kurier, 26.1.2014.

Bruchteil von ihrem hart verdienten Geld. „Das Honorar erhalte ich nicht von der Familie, wo ich arbeite, sondern von unserem Busfahrer in Rumänien in bar ausbezahlt“, erzählt eine Betreuerin. Sie arbeite offiziell selbstständig, die Rechnung werde aber nicht wie vorgeschrieben von ihr vorgelegt, sondern über eine österreichische Vermittlungsagentur, die mit einer rumänischen Agentur kooperiere. Ihren Angaben nach bekommt sie weniger als 1000 Euro von den insgesamt 2200 Euro, die der Familie für die 24-Stunden-Betreuung verrechnet werden. Verpflichtung, immer mit einem bestimmten Busdienst zu fahren, bis zu drei Monate Pflege bei der selben Betreuungsperson statt des empfohlenen 14-Tage-Rhythmus mit einer Erholungsphase von 14 Tagen sowie Knebelverträge sind weitere Probleme, die von den Pflegekräften und den seriösen Anbietern immer wieder angesprochen werden.

„Qualifizierte, zertifizierte Pflegerinnen bereits ab 968 € pro Monat“ bewirbt die Vermittlungsagentur Fermeria ihre Dienste auf ihrer Homepage. Durch wenige Klicks auf die Fragen im Kostenkalkulator kann man berechnen, wie viel eine – auf die jeweiligen individuellen Bedürfnisse zugeschnittene – Betreuerin im Monat kosten würde. Ausschauen kann

man unter anderem die verfügbaren Deutschkenntnisse der Betreuerinnen – von „Anfänger“ bis „Aktiv“. Die teureren „Aktiven“ kommunizieren „auf ausgezeichnetem Niveau. Die fließende Sprachkenntnis ermöglicht, an Diskussionen zu verschiedenen Themen aus dem Bereich des Gesellschaftslebens teilzunehmen“. Die „Anfängerinnen“ hätten hingegen folgenden Vorteil: „Niedrige Gebühren für die Betreuung belasten Ihr Familienbudget nicht und werden eine Belohnung für Ihre Toleranz und Ihr Verständnis darstellen.“

Wer hier ist, fehlt anderswo

Im Jahr 2016 waren über 78.000 PersonenbetreuerInnen in Österreich registriert, über 95 Prozent von ihnen sind Frauen. Die überwiegende Mehrheit der Betreuungskräfte kommt aus osteuropäischen Ländern – vor allem aus der Slowakei und Rumänien. Die Personenbetreuung erfolgt meist in einem zweiwöchigen Turnus – und das beinahe Rund-um-die-Uhr –, in dem sich zwei BetreuerInnen abwechseln.

Judith Schwentner, Sprecherin für Soziales und Familie, SeniorInnen und Pflege im Grünen Klub im Parlament, weist auf einen in der Diskussion gerne ausgesparten Aspekt der Care-Migration hin, wonach die 24-Stunden-Betreuung auf der Ausnutzung des sozialen Gefälles zwischen Ost und West basiert: „Personen, die nach Österreich kommen, und mit ihrem Einsatz unser österreichisches Pflegesystem mit ermöglichen, fehlen zu Hause: Kinder und eigene ältere Angehörige bleiben unversorgt zurück, qualifizierte Pflege- und Betreuungskräfte fehlen in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen.“

Rachid Rhouma ist akademischer Health Care Manager und leitet die Pflege einer internistischen Station im Otto-Wagner-Spital. Die Grundausbildung zum Diplomierten Gesundheits- und Krankenpfleger hat er in seinem Herkunftsland Tunesien absolviert.

Endstationen

oder

Zum historischen Erbe des Nationalsozialismus im Umgang mit behinderten Menschen in Österreich

Die Aufarbeitung von Gewalt in Einrichtungen der Behindertenhilfe stand im Gegensatz zur Auseinandersetzung mit den Einrichtungen der Kinder- und Jugendwohlfahrt bislang nicht im Zentrum historischer und sozialwissenschaftlicher Untersuchungen. Eine im Frühjahr 2017 präsentierte Studie über behinderte Kinder und Jugendliche in der Wiener Psychiatrie^[1] stellt diesbezüglich einen wichtigen Meilenstein dar.



Endstation Pavillon 15 im Jahr 1962; Foto: ÖNB / Weber



Endstation Heil- und Pflegeheim Kainbach im Jahr 1980; Foto: Peter Nausner

Ein Team von WissenschaftlerInnen des Instituts für Rechts- und Kriminalsoziologie untersuchte im Auftrag der Stadt Wien die Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie Organisations- und Entscheidungsstrukturen in zwei zentralen Einrichtungen für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen: Zum einen im Pavillon 15 des Psychiatrischen Krankenhauses auf der Baumgartner Höhe (Untersuchungszeitraum 1945 bis 1983) und zum anderen in der Abteilung für entwicklungsgestörte Kinder unter der Leitung von Andreas Rett, die ab 1975 am Neurologischen Krankenhaus Rosenhügel untergebracht war (Untersuchungszeitraum 1956 bis 1989). Quellen für die wissenschaftliche Aufarbeitung waren Akten und Obduktionsprotokolle von PatientInnen sowie relevante Verwaltungsakten und Korrespondenzen.

Das Forschungsteam führte darüber hinaus Interviews, sowohl mit ehemaligen PatientInnen bzw. deren Angehörigen als auch mit ehemaligen MitarbeiterInnen und ausgewählten ExpertInnen der Behindertenhilfe. Vor allem die überraschend große Fülle an Archivmaterial stellte die ForscherInnen vor große Herausforderungen bei der Auswertung und Verarbeitung – der über 600 Seiten starke Endbericht ist dafür beredtes Zeugnis. Im vorliegenden Beitrag soll der Schwerpunkt auf Ergebnissen der Untersuchung zum Pavillon 15 und den daraus resultierenden Konsequenzen für ganz Österreich liegen.

Alltag im Pavillon 15

In systematisch nach unterschiedlichen Themen angelegten Kapiteln

breiten die AutorInnen ihre aus den Quellen erworbenen Einsichten in die Alltagsrealität von Pavillon 15 aus: Ausgehend von der Geschichte des sogenannten „Kinderpavillons“ wird u. a. über Personal- und Entscheidungsstrukturen, medizinische Standards und Versorgung sowie das therapeutische und pädagogische Angebot berichtet. Nach der Darstellung, woher und wie die untergebrachten Kinder und Jugendlichen in den Pavillon 15 kamen, eröffnen sich genaue und immer wieder erschütternde Einblicke in deren konkrete Lebenssituation: Viele von ihnen waren praktisch die ganze Zeit in käfigartigen Gitterbetten untergebracht, bar aller Anregungen und Abwechslung. Brachten Angehörige Spielsachen mit, wurden diese den Kindern weggenommen. Die körperliche und hygienische Versorgung war unzureichend. Permanente physische, psychische und soziale Vernachlässigung war die Regel, mit all ihren

^[1] H. Mayrhofer, G. Wolfgruber, K. Geiger, W. Hammerschick, V. Reidinger (Hg.) (2017): Kinder und Jugendliche mit Behinderungen in der Wiener Psychiatrie von 1945 bis 1989. Stationäre Unterbringung am Steinhof und Rosenhügel. Schriften zur Rechts- und Kriminalsoziologie Band 8. Wien: Lit Verlag. Die Studie steht auf der Website des Instituts für Rechts- und Kriminalsoziologie zum Download zur Verfügung.

massiven negativen Auswirkungen auf die Entwicklung der Kinder. Aussonderung und Isolation von Familie und sozialem Umfeld waren total. Zwar wurden behinderte Mädchen und Buben nach 1945 nicht mehr ermordet, aber ihr völliger Ausschluss glich einem sozialen Tod. Die österreichische Gesellschaft entledigte sich ihrer behinderten Kinder erfolgreich, diese waren in der Öffentlichkeit nicht sichtbar, ihre Existenz verdrängt.

Das in politischen Diskussionen häufig vorgebrachte Argument, diese Form der Versorgung sei damals fachlicher Standard in der Behindertenhilfe gewesen, widerlegt die Studie mit einem eindrücklichen Dokument aus dem Jahr 1953. Dr. Tesarek, der damalige Jugendamtsleiter, richtete ein eindringliches Schreiben an den zuständigen Stadtrat, Vizebürgermeister Karl Honay: „Die Kinderabteilung (...) ist nicht zu verantworten. (...) Sie ist völlig unzulänglich eingerichtet. Die Pflegerinnen wissen sich mit den Kindern nichts anzufangen. (...) Niemand von uns kann diesen Zustand verantworten.“^[2] Der Brief wurde zwar offensichtlich archiviert, sein Appell jedoch ignoriert. An den Zuständen im Pavillon 15 änderte sich erst mehr als 20 Jahre später etwas, nachdem Eltern behinderter Kinder konsequent auf Missstände hingewiesen hatten. Im Jahr 1983 übersiedelten ca. 80 Kinder und Jugendliche in den neu renovierten Pavillon 17. Entgegen aller damals bereits seit Längerem diskutierten internationalen Entwicklungen über Integration und De-Institutionalisierung in der Behindertenhilfe verblieben sie im psychiatrischen Gelände, weiterhin ausgesondert von der Gesellschaft. Schließlich untersagte das im Jahr 1991 eingeführte Unterbringungsgesetz die dauerhafte Versorgung behinderter Menschen in der Psychiatrie. Aber erst vor Kurzem, im Jahr 2012, übersiedelten die letzten behinderten BewohnerInnen aus Pavillon 17 in integrierte Wohnungen.

Nationalsozialistische Kontinuitäten

Pavillon 15 war in der Zeit des Nationalsozialismus in Österreich Teil der Tötungsanstalt „Am Spiegelgrund“ und zentraler Ort der Euthanasie von behinderten Kindern und Jugendlichen. Auch danach blieb er eine Endstation – mit vielen Kontinuitäten: Sei es, dass die Kinder häufig auf Empfehlung von ÄrztInnen aus ihren Herkunftsfamilien und ihrem sozialen Umfeld radikal und endgültig segregiert wurden; sei es die Unterteilung in „gute“, also bildungsfähige bzw. förderwürdige und „schlechte“, also bildungsunfähige und nicht förderungswürdige Kinder; sei es die Wiederbeschäftigung von ehemaligen NationalsozialistInnen als PflegerInnen oder die nach Kriegsende fortgesetzte Praxis, Gehirne verstorbener Kinder für wissenschaftliche Zwecke zu verwenden. Der NS-Kinder-Euthanasiearzt Heinrich Gross konnte so seine begonnene Forschung mit Gehirnen behinderter Kinder bis zum Jahr 1977 nahtlos weiterführen.

All dies müsste umfassend historisch aufgearbeitet und die bis heute wirksamen Konsequenzen – vor allem die fest verankerte Kultur der Aussonderung behinderter Menschen – sollten in der Öffentlichkeit breit diskutiert werden. Nur so kann das Erbe des Nationalsozialismus bewältigt und überwunden werden.

Nicht auf Wien beschränkt

Die Studie zu Pavillon 15 stellt einen Anfang dar. Denn in vielen anderen Bundesländern herrschten sowohl in der Psychiatrie als auch in Behindertenheimen vergleichbare Zustände. Der Einfluss des nationalsozialistischen Gedankenguts auf den Umgang mit behinderten Menschen war keinesfalls auf Wien beschränkt.

Aus dem Jahr 1980 existiert beispielsweise ein Bericht über eine Anstalt im steirischen Kainbach, wo 600 behinderte Kinder und Erwachsene

untergebracht waren. Die Schilderungen über die Zustände und die Bilder sind über weite Strecken ident mit jenen über den Pavillon 15.^[3] Die Kainbacher Verhältnisse lösten damals internationales Medieninteresse aus, das zu internen Reformen innerhalb der Einrichtung führte. Doch entgegen allen internationalen Tendenzen zur Integration und Gleichstellung behinderter Menschen wurde in der Steiermark die Berechtigung einer großen Sondereinrichtung mit all ihren negativen Folgen nie in Frage gestellt.

Dass das historische NS-Erbe bis heute schwer auf der österreichischen Behindertenhilfe lastet, zeigen nicht zuletzt die jährlichen Berichte der Volksanwaltschaft. Diese besucht und kontrolliert seit 2012 im Sinne der Prävention von Menschenrechtsverletzungen auch Einrichtungen für behinderte Menschen in ganz Österreich. Konsequent kritisiert die Volksanwaltschaft, dass es hier immer wieder zu Aussonderung und struktureller Gewalt kommt, dass behinderten Menschen Selbstbestimmung und Entwicklungsmöglichkeiten vorenthalten werden – bei Kindern ebenso wie bei Erwachsenen. Die Volksanwaltschaft weist ebenso beharrlich auf das Fehlen einer bundesweiten Strategie für De-Institutionalisierung und das mangelnde Angebot an bedarfsgerechten, mobilen Unterstützungsdiensten für Familien mit behinderten Kindern bzw. für erwachsene Frauen und Männer mit Behinderungen hin. Doch die meisten Menschen in Österreich finden es immer noch richtig und gut, dass behinderte Kinder Sonderschulen besuchen und behinderte Frauen und Männer in Sondereinrichtungen leben. Aussonderung ist bei weitem stärker verankert als Integration, in den Köpfen ebenso wie in den Strukturen. Die verdrängte Aufarbeitung des Umgangs mit behinderten Menschen im Nationalsozialismus und dessen Auswirkungen bis heute müssen endlich umfassend angegangen werden.

Petra Flieger setzt sich als freie Sozialwissenschaftlerin mit den Themen Gleichstellung und Integration von Menschen mit Behinderungen auseinander.

^[2] Ebd., 147.

^[3] Peter Nausner (1980): Kainbach wird gebraucht. Eine Reportage über ein Pflegeheim für unheilbar Geistesranke. In: Zeitschrift Behinderte in Familie, Schule und Gesellschaft 2/80, S. 2-6.

Tortur d'Autriche

Der Dozent und Herr Groll unternahmen eine Österreich-Rundfahrt der besonderen Art, sie besuchten Pflegeheime. Eben hatten sie nach einem Heim in Brunnkirchen an der Donau, das von der SeneCura, einem der größten privaten Heimbetreiber Österreichs geführt wurde, auch in Mautern ein Pflegeheim besucht, das Severinheim des Landes Niederösterreich. Sie hatten den Bericht des Volksanwalts Kräuter über die trostlose Lage in den heimischen Pflegeheimen zum Anlass genommen, selber Nachschau zu halten. Meist reichte es, einen Besuch bei einer Heimbewohnerin – Frauen waren in der großen Überzahl – vorzutauschen. Manchmal spielte Groll einen entlaufenen Heimbewohner, der von einem freundlichen Herrn in die Behausung zurückgebracht wurde.

Das Bild, welches sich den beiden bot, war überall dasselbe. Alte und behinderte Menschen saßen in Gängen und starrten vor sich hin. Bettlägerige PatientInnen hatten noch weniger Abwechslung. Das Abendessen wurde um siebzehn Uhr serviert, zwei Blätter Extrawurst oder ein Stück Käse mit einem Stück Brot oder eine wässrige Suppe. „Wer weniger isst, braucht weniger von sich zu geben, das erleichtert die Arbeit des Pflegepersonals, man muss die Dinge im Zusammenhang sehen“, hatte Groll sarkastisch gemeint. In manchen Heimen roch man schon auf den ersten Metern, dass es mit der Hygiene nicht gut bestellt war, ein schwerer, süßlicher Geruch waberte durch die Gänge. Es würde hundert scharfe ungarische Fischsuppen seines Freundes Groll erfordern, das fäkale Odeur wegzubekommen, stellte der Dozent sachlich fest. So beklemmend die Streifzüge auch ausfielen, was Groll und den Dozenten erschütterte, waren die verzweifelten Versuche mancher Insassen, Kontakt aufzunehmen, ein Gespräch zu suchen. Dann blieben die beiden stehen und wechselten ein paar Worte mit den Frauen, man sprach über das Wetter, Grolls Rollstuhl oder wie lange der letzte Ausflug zurücklag.

Wenn die beiden mit einem Lächeln verabschiedet wurden, fühlten sie sich angesichts der von den Frauen ausgehenden Würde und Demut beschämt.

„Die Einsamkeit ist das Schlimmste“, meinte der Dozent auf dem Weg zum Parkplatz. „Warum kann man das Leben in diesen Einrichtungen nicht anders gestalten?“

„Weil dieses Ziel von den Betreibern der Verwahrburgen nicht angestrebt wird. Zu wenig Fachkräfte und Geld, Sie kennen ja die Ausreden.“

Groll und der Dozent hatten den Bericht der Volksanwaltschaft aufmerksam gelesen, er prangerte schwerste Menschenrechtsverletzungen bei Insassen in Pflegeheimen an, beschrieb Übergriffe und Gewalttaten, die nach strafrechtlicher Ahndung riefen. Dieser Befund war seit Jahrzehnten

unverändert, diesmal aber hatten die Medien ausführlich berichtet. Die Verantwortlichen konnten sich nicht mehr verstecken, sie rückten aus und gaben ihre Sicht der Dinge zum Besten. Der Vorsitzende des Dachverbands aller Pflegeheime, ein sportlicher Jungvierziger, leugnete in einem ZiB-24-Interview kategorisch alle Missstände. Es handle sich um Übertreibungen und Verleumdungen, in den Heimen sei alles in Ordnung, die Insassen lebten selbstbestimmt und würden liebevoll betreut. Die Sedierung durch Medikamente könne zwar vorkommen, sei aber letztlich im Sinne der Heimordnung und damit auch im Sinne der betagten PatientInnen. Dem ORF-Reporter verschlug es die Sprache. Frechheit und die Macht der Institution siegten. Ebenso agierten die Sozialpolitiker der Länder, die für die Kontrolle der Pflegeheime zuständig sind, die aber, so die Volksanwaltschaft, kläglich versagt. Funktionäre der Gewerkschaft wiesen richtigerweise auf fehlendes Personal und fehlende gesetzliche Bedingungen hin, sie taten dies aber so brav und windelweich, dass man den Eindruck bekam, sie entschuldigten sich förmlich für ihre Kritik. Dass die Gewerkschaft die Profiteure und Verursacher des Pflegeskandals mit Namen und Vorgangsweise öffentlich anklagt, davon kein Wort.

Das nächste Heim befand sich auf einem steilen Berg in der Kremser Altstadt. „Auch dieses Heim, das nach Max Thorwesten, einem Bürgermeister, der als SS-Mann dieses Amt während des Krieges ausübte und drei Jahrzehnte später wieder der Stadt vorstand, benannt ist, wird von der SeneCura betrieben“, erklärte Groll. Diese Gruppe betreibt 59 Pflegeeinrichtungen und zählt damit zu Österreichs Marktführern im Bereich Pflege im privaten Sektor. Der Konzentrationsprozess innerhalb der lukrativen Pflegebranche verläuft äußerst dynamisch. Erst vor Kurzem hat die österreichische SeneCura, die im Vorjahr 60 Millionen Gewinn auswies, einen größeren privaten Heimbetreiber, die Dr. Wagner-Gruppe, übernommen.

„Das hört sich an, als ginge es um Konzentrationsprozesse und Übernahmen in der Welt des Monopolkapitals im Banken-, Auto- oder Pharmasektor“, sagte der Dozent.

„Sie wissen nicht, wie recht Sie haben“, antwortete Groll.

„Die SeneCura gehört seit 2015 zur französischen Pflegegruppe Orpea, die mit 733 Pflegeeinrichtungen und 74.000 Betten in Frankreich, Belgien, Deutschland, Spanien, Italien, der Schweiz, Polen, Tschechien und Österreich zu den Marktführern in Europa zählt.“

Er sehe den Pflegesektor jetzt mit anderen Augen, erwiderte der Dozent. „Angesichts der geballten Kapitalmacht – wie wahrscheinlich ist es, dass der Bericht des Volksanwalts den Auftakt zur Beseitigung des Pflegeskandals darstellt?“ Herr Groll verzichtete auf eine Antwort.

Auf keiner Landkarte

Exil und Literatur

Die Verdrängung der österreichischen NS-Vergangenheit äußert sich auch in der Ignoranz gegenüber der Exilliteratur – den Werken jener Autor_innen also, die während des Nationalsozialismus aus Österreich vertrieben wurden. Die Beschäftigung mit der Erfahrung des Exils ermöglicht historische Einblicke, öffnet aber ebenso den Blick auf die Gegenwart und die Kontinuitäten zwischen einst und heute. Radio Stimme hat sich in Kooperation mit der Zeitschrift MALMOE auf die Suche nach diesen Kontinuitäten begeben.



Das Literaturhaus Wien beherbergt nicht nur die Dokumentationsstelle für neuere österreichische Literatur, sondern auch die Österreichische Exilbibliothek. Neben einer umfangreichen Büchersammlung zum Thema Exil und Literatur befinden sich hier die (Teil) nachlässe von etwa hundert Personen, die vor dem Nationalsozialismus aus Österreich flüchten mussten. Im Unterschied zu vielen anderen Literaturarchiven, besteht die Sammlung der Exilbibliothek nicht nur aus Textentwürfen, Druckfahnen und Manuskripten, sondern auch aus zahlreichen weiteren Gegenständen aus den Nachlässen der Exilierten. Enthalten ist zum Beispiel die Hutsammlung der ins New Yorker Exil gegangenen Schriftstellerin und

Hutmacherin Mimi Großberg, aber auch Veranstaltungsplakate, Theaterkarten, Reisekoffer, Tagebücher und persönliche Briefe finden sich in der Sammlung.

Die vielfältigen Bestände der Exilbibliothek zeichnen verschiedene Aspekte des Lebens im Exil detailliert nach. Neben der wissenschaftlichen Aufbereitung und Zugänglichkeit der Sammlung stellt die Vermittlungsarbeit daher einen wichtigen Teil der Aufgaben der Exilbibliothek dar, wie die Leiterin Veronika Zwirger betont. Die Exilbibliothek ist aber auch ein Ort der aktiven Erinnerung. Sie fungiert für viele Vertriebene und ihre Nachfahren als zentraler Anknüpfungspunkt in Österreich. Für einige der in der Bibliothek

vertretenen Autorinnen und Autoren war die Einladung zur Gründungsveranstaltung der Exilbibliothek im Jahr 1992 die erste offizielle Einladung zurück in das Land, aus dem sie zwischen 1938 und 1945 vertrieben wurden.

Einer der vielen als Jüdinnen und Juden verfolgten österreichischen Schriftsteller_innen war der Lyriker Theodor Kramer, dem 1939 die Flucht nach England gelang. Er kehrte 1957 nach Österreich zurück, wo er kurze Zeit später starb. Die nach ihm benannte Theodor Kramer Gesellschaft hat sich die Verbreitung der Literatur des Exils und des Widerstands gegen den Nationalsozialismus zur Aufgabe gemacht. Diese Sichtbarmachung der Exilliteratur sah Konstantin Kaiser,

einer der Gründer_innen sowie heutiger Leiter der Gesellschaft, von Anfang an auch als eine politische Notwendigkeit: „Wir wollten keine braven Hausaufgaben machen, um für Österreich etwas zu leisten, was andere nicht leisten, sondern wir haben rebelliert gegen den Zustand, der vorhanden war und haben die Missachtung des Exils und seiner Kultur als den kulturellen Skandal der zweiten Republik gesehen. Wir haben geglaubt, wenn wir dagegen auftreten und wenn wir die Autorinnen und Autoren sozusagen als unsere in verschiedene Weltteile verstreuten Verbündeten um uns sammeln, dann können wir die Kultur des Landes ein wenig erschüttern.“

Das Thema des Exils ist auf vielfältige Weise mit der Frage

des politischen Widerstands verknüpft. Zum einen kann bereits die Flucht selbst als Akt des Widerstandes gesehen werden, auch wenn sie von den Flüchtenden nicht so erlebt wird. Zum anderen ist sie zumeist notwendigerweise mit zahlreichen widerstandsähnlichen Handlungen wie illegalisierten Grenzübertreten, Bestechung etc. verbunden, wie Konstantin Kaiser anmerkt. Zudem kann das Exil auch die wichtige Möglichkeit bieten, im Ausland Widerstand zu formieren bzw. fortzusetzen.

Viele der aus Österreich emigrierten Schriftsteller_innen setzten sich im Exil auch mit den Bedingungen auseinander, die den Nationalsozialismus erst ermöglichten. Dabei haben manche von ihnen, wie der Regisseur und Autor Berthold Viertel, auch die eigene Rolle im Bezug auf die gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklungen sehr kritisch reflektiert und sich gefragt, ob sie eine gewisse Verantwortung dafür auch bei sich selbst zu suchen hätten. Für Konstantin Kaiser steht dabei vor allem ein bewusstes Sich-Verantwortlich-Setzen im Mittelpunkt, aus dem heraus über die Vergangenheit reflektiert wurde.

Sich selbst als verantwortlich zu setzen ist auch gerade heute von zentraler

Bedeutung, wenn das bloße Faktum des Nachgeborens für viele ausreichend scheint, um sich frei von jeglicher Verantwortlichkeit zu wähnen. Auf die Aktualität der Fragen des Exils und der Exilliteratur hinzuweisen, ist auch ein zentrales Anliegen der von der Theodor Kramer Gesellschaft herausgegebene Zeitschrift *Zwischenwelt*, in der sich neben Texten von vertriebenen Schriftsteller_innen auch jene von heute in Österreich im Exil lebenden Autor_innen finden.

Für die Schriftstellerin Sarita Jenamani und ihren ebenfalls als Autor tätigen Mann Aftab Husain ist Wien inzwischen schon zur zweiten Heimat geworden, wie sie sagen. Dabei war es für das Paar alles andere als eine freiwillige Entscheidung, hierherzukommen. Aufgrund seiner schriftstellerischen Arbeit und seines politischen Engagements musste Aftab Husain bereits Ende der 1990er Jahre aus seiner Heimat Pakistan nach Indien fliehen. Doch auch dort wurde von staatlicher Seite weiter Druck auf ihn ausgeübt, so dass er gemeinsam mit seiner Frau ein weiteres Mal flüchten musste. Über das Stipendienprogramm „Wien als Zufluchtsstadt“ kamen sie vor über 13 Jahren nach Wien. Am Anfang machte den beiden Autor_innen, die vor allem Ly-

rik schreiben, ganz besonders der Verlust der eigenen Sprache zu schaffen, meint Sarita Jenamani: „Das kulturelle Milieu, die Sprache, die Literatur, die dir bekannt ist – das alles ist plötzlich weg. Das ist zum Beispiel bei Maler_innen anders, sie haben eine universale Sprache. Aber Schriftsteller_innen sind im Exil nicht nur ihrer Familie, ihrer Kultur, ihres Landes beraubt, sondern sie verlieren auch ihre Sprache.“

Der Verlust des literarischen und sprachlichen Umfeldes wurde auch durch den Druck verstärkt, möglichst schnell Deutsch zu lernen und in der neuen Sprache zu schreiben. Sarita Jenamani sieht diesen Druck äußerst kritisch. Schließlich werde dabei schnell auf die vielen Möglichkeiten vergessen, die das Bewegen zwischen verschiedenen Sprachen gerade für Schriftsteller_innen mit sich bringt. Aftab Husain kritisiert ebenso die weit verbreitete Erwartungshaltung, Exilschriftsteller_innen würden sich mit einer beschränkten Auswahl an Themen auseinandersetzen und vor allem aus einer nostalgischen Perspektive über ihr Herkunftsland schreiben. Für ihn geht es vielmehr darum, mit neuen Impulsen zu arbeiten und Vergleiche zwischen verschiedenen Sprachen und literarischen Traditionen anstellen zu können.

Durch das Stipendium und die damit verbundene Aufmerksamkeit ergaben sich für beide Möglichkeiten, ihre Werke auch in Österreich zu veröffentlichen. Viele andere in ähnlicher Lage hätten diese Chancen jedoch nicht, meint Aftab Husain: „Die Situation von Autor_innen, die nicht auf Deutsch schreiben, hat uns sehr beschäftigt. Viele von ihnen schreiben seit Langem hier, sind aber vollkommen unbekannt. Sie werden von niemandem gelesen und gehört.“ Gemeinsam mit Sarita Jenamani fordert er daher unter anderem mehr staatliche Unterstützung für in Österreich lebende nicht-deutschsprachige Autor_innen. Um den vielen bisher noch kaum bekannten Schriftsteller_innen eine gemeinsame Plattform zu bieten, haben Jenamani und Husain 2016 die mehrsprachige Online-Literaturzeitschrift *Words & Worlds / Worte und Welten* gegründet. Unter wordsandworldsmagazine.com finden sich auch einige ihre eigenen Gedichte. Für die Radio-Stimme-Sendung zu Exil und Literatur, die Sie nachhören können, haben sie zwei davon vorgelesen.

Die Zeitung MALMOE widmet dem Thema Exilliteratur einen Schwerpunkt in der aktuellen Ausgabe #78. Zu lesen auch unter www.malmoe.org.

Katharina Menschick ist Redakteurin bei der Zeitung MALMOE.

Philipp Sperner ist Redakteur bei Radio Stimme.

Die Radio-Stimme-Sendung „Auf keiner Landkarte – Exil und Literatur“ wurde am 2. April 2017 von Radio Orange 94.0 ausgestrahlt und ist im Sendungsarchiv unter www.radiostimme.at abrufbar.



das politische magazin abseits des mainstreams

auf freien radios und im internet

www.radiostimme.at

Wien	Orange 94.0
Innsbruck	FREIRAD
Graz	Radio Helsinki
Kärnten / Koroška	Radio AGORA
Bludenz	Radio Proton
Salzburg	Radiofabrik
Linz	Radio FRO
Salzkammergut	Freies Radio Salzkammergut
Kremstal	Freies Radio B138
Oberpullendorf	Radio OP

«Ich lebe aus dem Mond, du aus der Sonne.» Anna Achmatova

- ФИЛМОВИ ✓
- ВИДЕО КАСЕТЕ ✓
- МУЗИЦИ ✓ КАСЕТЕ - АСВАН ✓
- ТРАНЗИСТОР + ИСПРАВУВАЧ ✓
- ~~АППАРАТ~~ - ПУКВА ✓ БАРЕРИЈА ✓
- РУКОВЕЊЕ КУЧЕ ✓ У САРАЈЕВУ ✓
- РУКОВЕЊЕ ЗА САКАР ✓
- АЛБУМИ ✓
- ДВЕЋИЈИ N. ✓
- РАДИО ДИПЛОМА ✓

Mehr als ein Stück Papier

Radmila Erceg kramt in einer Tasche und holt ein kleines, gelbes Blatt hervor. Es ist eine Art Post-it wie man es für kurze Notizen verwendet, um nicht(s) zu vergessen. Darauf findet sich eine Liste an Dingen, verfasst in serbokroatischer Sprache: „Filme, Videokassetten, Musikkassetten Asja, Transistor und Adapter, Batterieladegerät, Eigentumsbestätigung des Hauses in Sarajevo, Eigentumsbestätigung für Sakar, Kinderschmuck, Radas Diplome“. Im Hintergrund der Liste sticht die Jahreszahl 1990 in weißer Farbe hervor. Fast alle der angeführten Punkte wurden nachträglich abgehakt. Von Radmila Erceg, damals verheiratete Hadžinurbegović, im Zvornik des Jahres 1992.

Als der Krieg 1992 auch Zvornik im Nordosten Bosniens erreichte und serbische paramilitärischen Einheiten die Stadt besetzten, wurde die muslimisch-bosnische Bevölkerung aus der Stadt und den angrenzenden Dörfern vertrieben oder getötet. Auch die Familie Hadžinurbegović musste ihr Zuhause fluchtartig verlassen. Es blieb keine Zeit zum Packen. Radmilas Großeltern waren serbisch-orthodox getauft. Sie selbst hat sich – wie ihre Eltern auch – als Jugoslawin verstanden. Ihr Mann war muslimischer Bosnier. Eine der sogenannten Mischehen, von denen es im ehemaligen Jugoslawien so viele gab. Sie durchkreuzten die ethnischen Reinheitsfantasien der nationalistischen Fanatiker_innen und Kriegstreibenden. Das Ehepaar flüchtete mit seinen beiden Töchtern zunächst Richtung Serbien, wo sie bei Freund_innen in Novi Sad unterkamen.

Um noch ein paar Dinge aus ihrem verlassenen Haus mitzunehmen und nach ihrer Schwiegermutter und Schwägerin zu sehen, kehrte Radmila Erceg unter abenteuerlichen und lebensgefährlichen Umständen nach Zvornik zurück. Zur Erinnerung hatte ihr Mann Sead diese Liste aufgesetzt. Nicht vergessen werden sollten etwa praktische Dinge wie das Transistorradio, das Batterieladegerät und der Adapter, um von überallher Nachrichten über den Kriegsverlauf empfangen zu können. Der aufbewahrte Zettel beinhaltet aber auch Erinnerungen bzw. Erinnerungsstücke: die Familienalben und -filme, die Stimme der jüngsten Tochter Asja aufgenommen auf Band oder der Kinderschmuck.

„Es gibt zwei Sorten Flüchtlinge: solche mit Fotos und solche ohne Fotos“, zitiert Dubravka Ugrešić einen Flüchtling aus Bosnien in ihrer autobiographischen Essaysammlung *Das Museum der bedingungslosen Kapitulation*.^[1] Vor dem Hintergrund von Krieg, Vertreibung und Flucht stellt der Besitz von privaten Fotografien und Alben, die an ein früheres, vergangenes Leben erinnern, keine Selbstverständlichkeit dar. Ihr Besitz oder Nicht-Besitz entscheide daher, so

^[1] Dubravka Ugrešić: *Das Museum der bedingungslosen Kapitulation*, Frankfurt am Main: Suhrkamp 2000, S. 14. [Hervorh. im Orig.]

^[2] Ebd. S. 13 f. [Hervorh. i. Orig.]

Ugrešić, auch über das Recht auf und die Möglichkeit der Erinnerung. Dabei sei die Zerstörung der Erinnerung auch als bewusste Kriegsstrategie eingesetzt worden. Zur Veranschaulichung ihres Arguments gibt die Autorin eine Anekdote wieder, die über den ehemaligen serbisch-bosnischen General und Kriegsverbrecher Ratko Mladić kursierte. Mladić soll einen Bekannten in Sarajevo vor dem Angriff auf sein Haus mit dem folgenden Inhalt gewarnt haben: „Der General [teilte] dem Bekannten telefonisch mit [...], er gebe ihm fünf Minuten Zeit, um die Alben einzupacken, denn er werde sein Haus in die Luft jagen. Der Mörder dachte dabei an die Alben mit den Familienfotos. Der General, der systematisch an der Zerstörung der Stadt arbeitete, wußte genau, daß er die ERINNERUNG zerstören wollte. Seinem Bekannten schenkte er ‚großzügig‘ das Leben mit dem Recht auf Erinnerung. Das nackte Leben und ein paar Familienfotos.“^[2]

Die Familie Hadžinurbegović hatte Glück im Unglück und konnte ein paar Erinnerungsstücke retten. „Sie zeigen dir, dass du früher gelebt hast“, erzählt Radmila Erceg. Im April 1993 war sie, damals 43 Jahre alt, mit ihrer Familie am Wiener Südbahnhof angekommen, im „Nirgendwo“. Es folgten typische Stationen eines Flüchtlingschicksals: Leben im Lager, jahrelang unsicherer Aufenthaltsstatus und prekäre Existenz sowie Jobs im untersten Segment des österreichischen Arbeitsmarktes. Radmila Erceg, die in Sarajevo Pädagogik und Psychologie studiert hatte, arbeitete hier in den Anfangsjahren als Bedienerin und Abwäscherin. Schließlich konnte sie ihre Universitätsdiplome nostrifizieren lassen und fand im Sozialbereich Arbeit. 2006, sechs Jahre vor ihrer Pensionierung erhielt sie die erste unbefristete Anstellung.

Der gelbe Zettel selbst ist mittlerweile zu einem sorgsam aufbewahrten Erinnerungsstück geworden, den Radmila Erceg gemeinsam mit weiteren Dokumenten aus ihrer Zeit als Geflüchtete in einer kleinen Ledertasche aufbewahrt. Auf den ersten Blick mag sein Inhalt vielleicht banal erscheinen. Doch bei näherer Betrachtung eröffnet er den Blick auf eine komplizierte Geschichte verschiedener Dimensionen von Verlust, die mit dem Flüchtlingsdasein einhergehen: von persönlichem Besitz, von sozialem Status und staatsbürgerlichen Rechten, von Zuhause, Heimat, Zugehörigkeit und Erinnerung. Er erzählt von der Flüchtigkeit des Lebens, dem Loslassen und der Beschränkung auf das Wesentliche – das eigene Überleben –, ebenso wie von der Bedeutung von und dem Recht auf Erinnerung. Diese Erinnerungen in Form von Fotos, Filmen oder Tonaufnahmen sind deshalb so wertvoll, weil sie ein Gefühl von der Kontinuität des eigenen Lebens erzeugen, das die Brüchigkeit der Existenz zu überbrücken vermag.

Die Recherche zu diesem Text fand im Rahmen des Projektes „Fluchtpunkt Wien. Die jugoslawische Diaspora im Wien der 1990er Jahre“ für das Wien Museum statt.



Unter Weissen.
Was es heißt, privilegiert zu sein
Von: Mohamed Amjahid.
Berlin: Hanser Berlin 2017
192 Seiten; EUR 16,-
ISBN: 978-3-446-25472-5

Diskriminierung benennen

Mit welchen Diskriminierungen sehen sich Nichtweiße im Alltag konfrontiert? Der ZEIT-Magazin-Reporter Mohamed Amjahid erzählt über rassistische Alltagserfahrungen aufgrund seiner marokkanischen Herkunft.

Wie fühlt es sich an, wenn man als hoffnungsvoller marokkanischer Teenager seine Schwester in Deutschland besuchen möchte, aber kein Einreisevisum für das Land erhält? Und wenn man aufgrund seiner dunklen Hautfarbe bei der Einreise in die USA von texanischen Grenzbeamten festgenommen und stundenlang an einen Stuhl gefesselt wird? Das sind zwei von zwölf Episoden, die jeweils einem anderen Themenkomplex gewidmet sind.

Mohamed Amjahid gelingt es, seine persönlichen Erfahrungen mit der strukturellen Diskriminierung zu verweben und kritisch zu hinterfragen. Ausschlaggebend für seine Erlebnisse ist neben der Hautfarbe auch der Besitz des grünen marokkanischen Passes im Gegensatz zu einem blauen US-amerikanischen oder bordeauxroten deutschen Pass.

Doch auch die Diskriminierung in der Sprache sowie die Debatte um die rassistischen Überbleibsel aus der Zeit des Kolonialismus wie die „Mohrenstraße“ in Berlin oder der „Negerkuss“ werden nicht ausge-

spart. Amjahid konstatiert, dass der Widerstand gegen eine Dekolonialisierung unserer Sprache und damit unseres gemeinsamen Alltags immer noch sehr groß ist.

Begriffe wie „Tokenismus“ erklärt der Autor anhand von leicht anschaulichen Beispielen. Dabei wird die Integration einzelner Menschen aus einer benachteiligten Gruppe instrumentalisiert, um den Vorwurf der Diskriminierung von sich weisen zu können. Im Falle von Frauen bedeutet das etwa, dass einige wenige Frauen in Führungspositionen als Nachweis für die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Arbeitswelt, als „Tokens“ benutzt werden. Indem dem Autor die Rolle des gut integrierten Ausländers zugeschrieben wird, werden gleichzeitig die „Anderen“ als Integrationsverweigerer abgestempelt.

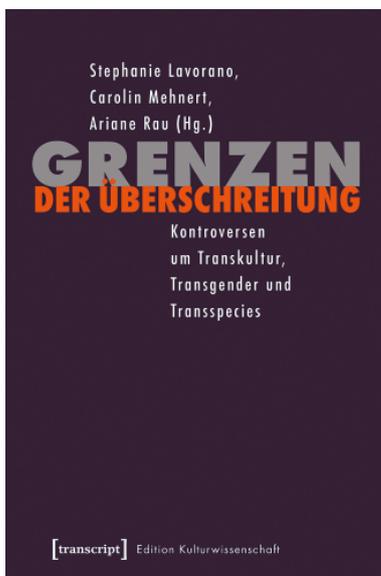
Nicht einmal sein akzentfreies Deutsch konnte dem ZEIT-Reporter weiterhelfen, als er im September 2015 am Münchener Hauptbahnhof über die Lage der ankommenden Flüchtlinge berichten wollte. Eine Helferin ließ sich nicht beirren

und wolle ihm unbedingt erklären, dass Seife und Duschen gut seien. Als er sich umdrehte, um zu gehen, verfolgte sie ihn sogar über den Hauptbahnhof, so dass der Autor schlussendlich die Flucht ergreifen musste.

Amjahid möchte seine Leserinnen und Leser zu einem kritischen Hinterfragen des eigenen Denkens und Handelns bewegen, denn wir haben alle einen Einfluss auf den Rassismus im Alltag. Im letzten Kapitel des Buches befindet sich „Der ultimative Selbsttest: Wie weiß sind Sie?“. Die Lesenden werden eingeladen, Fragen wie „Was denken Sie spontan, wenn Sie das Wort ‚Ausländer‘ hören?“, oder „Wie kann man in Deutschland die Integration von Einwanderern fördern?“ zu beantworten.

Sich selbst an der Nase fassen, hat noch keinem geschadet. Die Lektüre des Buches ist allen zu empfehlen, die eine andere Perspektive einnehmen und den Alltag von nichtweißen MitbürgerInnen verstehen möchten.

Zsaklin Diana Macumba



Grenzen der Überschreitung.
Kontroversen um Transkultur, Transgender und Transspecies.
Von: Stephanie Lavorano, Carolin Mehner, Ariane Rau (Hg.)
Bielefeld: transcript 2016
278 Seiten; EUR 34,99
ISBN: 978-3-8376-3444-0

Interessant - ambitioniert - ambivalent

Der Sammelband zu Trans_ als Kontroverse um Transkultur, Transgender und Transspecies ist ein interessantes, ambitioniertes Unterfangen mit einem ambivalenten Resultat.

Das Buch ist interessant, weil es ambitioniert und ambivalent ist und daher zum Denken anregt. Es ist ambitioniert, weil es verspricht, verschiedene Ideen zu Trans zusammenzubringen. Und es ist ambivalent, weil dieses Unterfangen schlussendlich leider nur teilweise umgesetzt wird.

Denn die einzelnen Texte behandeln entweder Transkultur oder Transgender oder Transspecies. Eine Trans-Formation der drei Bereiche ineinander, miteinander und gegeneinander findet (fast) nicht statt. Insbesondere der Abschnitt zu Transgender ist eine zusammengewürfelte Ansammlung von Texten, die meistens wenig mit Trans* und Trans Studies zu tun haben oder die Verbindung zu den beiden anderen Konzepten nicht herstellen. In den weiteren Abschnitten, zu Trans & Race und zu Kultur & Natur steht das Kulturkonzept

im Vordergrund, Transgender und insbesondere Transspecies sind sehr wenig oder unbedacht vertreten. Insofern fällt die Publikation nicht kontrovers aus.

Gleichzeitig sind manche Beiträge für sich sehr wohl interessant. Der Ausblick etwa diskutiert die Grenzen der Trans-Ansätze im Buch und schlägt Vagheit und *fuzzy logic* als Alternativen vor. Der Beitrag zum Themenfeld Transspecies stellt eine gute Ausgangsbasis für Diskussionen rund um Transkultur/-gender/-species dar, und die Diskussion des Konzeptes „Trans-Investur“ (S. 98) in der roman-biografiehaften Beschreibung einer Personenstandsänderung Anfang des 20. Jahrhunderts in Berlin ist gelungen. Die Analyse Olga Grjasnowas *Der Russe ist einer, der Birken liebt* zeigt die inspirierende Kraft des Romans auf: Sprache, Sprachgebrauch und (Sprach-)Identitäten sind nicht

klar festlegbar und dementsprechend fluide dargestellt.

Das Konzept Trans selber wird in unterschiedlichen Varianten verwendet: mit Unterstrich (_), mit Bindestrich (-), alleinstehend (trans), als zusammengesetztes Wort in teilweise neuer Verbindung (z. B. transmemory, transcription oder translation) etc. Diese vielfältige Verwendung der gleichen Aneinanderreihung von Buchstaben (t r a n s) und seine Verbindung mit unterschiedlichen Konzepten wie etwa -investur macht Spaß. Und die Kürze der Beiträge hat einiges für sich: Die zehn- bis fünfzehnteiligen Texte können gut als Ausgangspunkte für weitere Diskussionen genutzt werden.

Persson Perry Baumgartinger



TKI
open 18_humor

KULTURPROJEKTE EINREICHEN BIS 12.10.2017 | tki.at



**GROSS REDEN
UND KLEIN DENKEN,
DES HAMMA
SCHON GERN!**



Anmeldung & Open Call for Papers:

www.gbw.at/sommerakademie

>> **Sprache ist Macht.** Mit Sprache wird Vielfalt sichtbar - oder aus dem öffentlichen Raum verdrängt. Über Geschlechterverhältnisse, Mehrsprachigkeit, Hasspostings und politisches Framing diskutieren wir auf der Grünen Sommerakademie. <<

GRÜNE SOMMERAKADEMIE 2017

24.-27. August, in Tainach/Tinje (Kärnten/Koroška)

stimme 104»

Zeitschrift der Initiative Minderheiten

Geschichte minderheitenpolitischer Bewegungen

Für die Herbstausgabe der Stimme laden wir Aktivist_innen aus unterschiedlichen minorisierten Gruppen ein, eine Bilanz über die Geschichte der jeweiligen politischen Bewegung zu ziehen – über den langen Kampf gegen Vorurteile, Fremdbestimmung und für gleiche Rechte. Anhand historischer Analysen der Organisationsformen, Strategien, Errungenschaften und Rückschläge und unter Berücksichtigung der jeweils herrschenden politischen Konstellation stellen wir uns die Frage, welche Lehren wir daraus für die Zukunft ziehen können.

stimme

Abonnieren!

Zeitschrift der Initiative Minderheiten

Die **stimme** erscheint seit 1991 als einzige minderheitenübergreifende Zeitschrift in Österreich. Seit über 25 Jahren informieren wir über die Anliegen und Forderungen der minorisierten Gruppen, diskutieren die Entwicklungen in der Minderheitenpolitik und treten für die Bildung von minoritären Allianzen ein.

Die **stimme** wird regelmäßig an rund 4000 Personen und Einrichtungen versandt. Knapp 300 davon sind zahlende AbonnentInnen.

Ein **stimme**-Jahresabo kostet nur 20 Euro. Als Mitglied der Initiative Minderheiten bekommen Sie die **stimme** kostenlos.

Abonnieren Sie die **stimme** – schicken Sie uns ein E-Mail an: office@initiative.minderheiten.at

Auf ein Wiederlesen!

Ich möchte ein **stimme**-Jahres-Abo bestellen

Ich möchte Mitglied der Initiative Minderheiten werden

Ich möchte ein **stimme**-Zweijahres-Abo bestellen

Ich möchte förderndes Mitglied der Initiative Minderheiten werden

Vorname(n):

Jahresabonnement (vier Hefte) inkl. Versand:

Inland EUR 20,- | Ausland EUR 30,-

Zweijahresabonnement: Inland EUR 38,-

Ausland EUR 58,- | Mitgliedschaft: EUR 25,-

Fördernde Mitgliedschaft: ab EUR 100,-

Nachname(n):

Adresse:

Aboverwaltung: Ebru Uzun

Tel. & Fax: (+43 1) 9669001

abo@initiative.minderheiten.at

www.initiative.minderheiten.at

www.zeitschrift-stimme.at

E-Mail:



Liebe Freund_innen der Stimme!

Aufgrund einer Subventionskürzung fehlen uns 3.000 Euro zur Produktion unserer vier Ausgaben im laufenden Jahr 2017. Das sind 150 bezahlte Jahresabos à 20 Euro.

Bitte abonniert die Stimme, schenkt ein Stimme-Abo, empfiehlt uns weiter.

Danke!



» nächste **stimme** erscheint im Oktober 2017

Erscheinungsort: Wien | Verlagspostamt: 1060 Wien | P.b.b. | Initiative Minderheiten | Stimme Nr. 103 | Aufgabepostamt: 1239 Wien | Zulassungsnummer: SP 02Z031717 S
Österreichische Post AG/Sponsoring Post | Rücksendeadresse: Initiative Minderheiten, Gumpendorferstraße 15/13, 1060 Wien | ISSN: 2306-9287

BUNDESKANZLERAMT  ÖSTERREICH

KUNST

BMB
Bundesminister um
für Bildung

bmwfi
Bundesministerium für
Wirtschaft, Familie und Jugend

WIEN
KULTUR

 **kultur**
burgenland


tirol
Unser Land